



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 7

Juli 1966

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1966

Aufsätze: Kommunalwahl 1966
Wohngeld 1965
Sozialer Wohnungsbau 1965
Fremdenverkehr 1964/65

Kurzberichte: Soziale Herkunft der Schüler
Lehrernachwuchs Gymnasien

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT

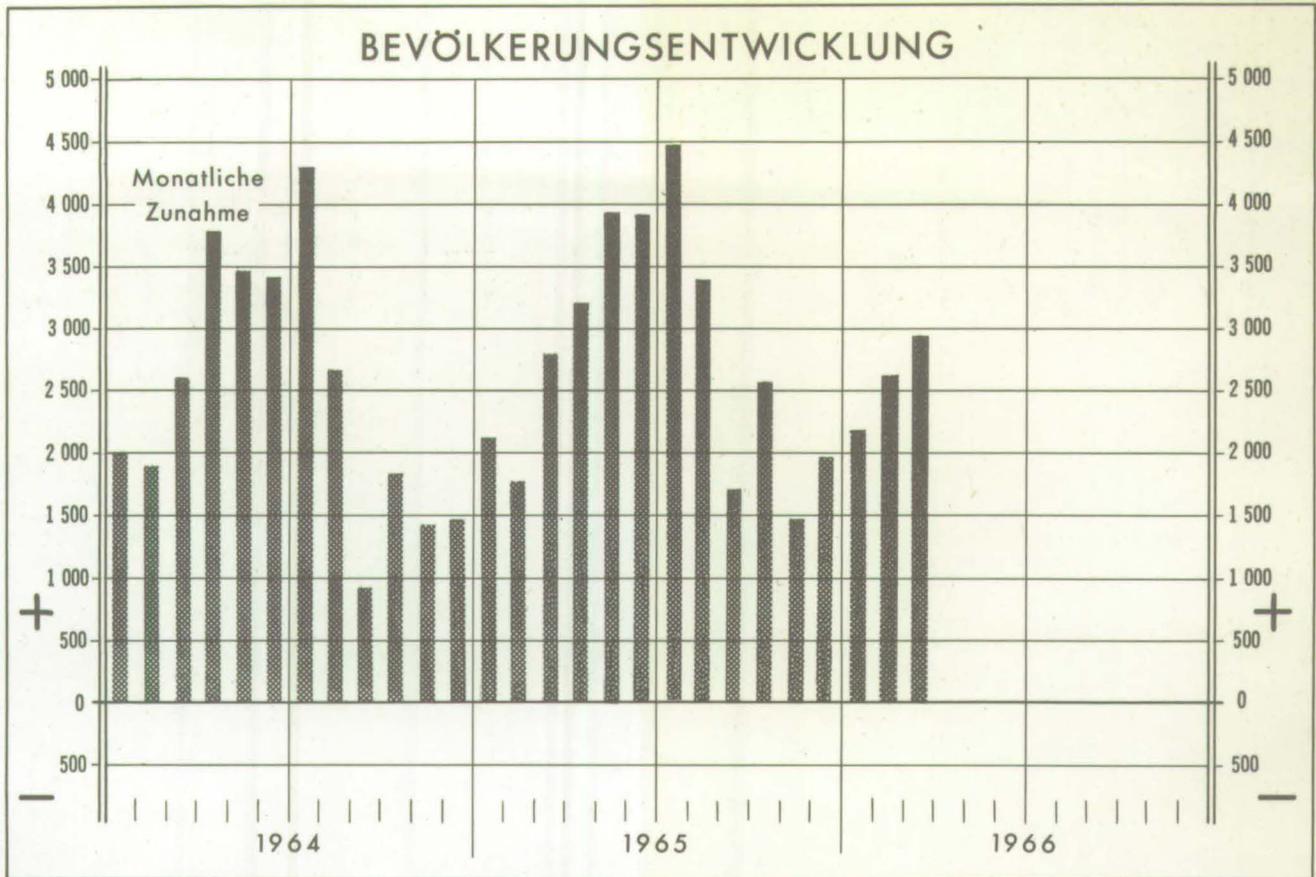


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

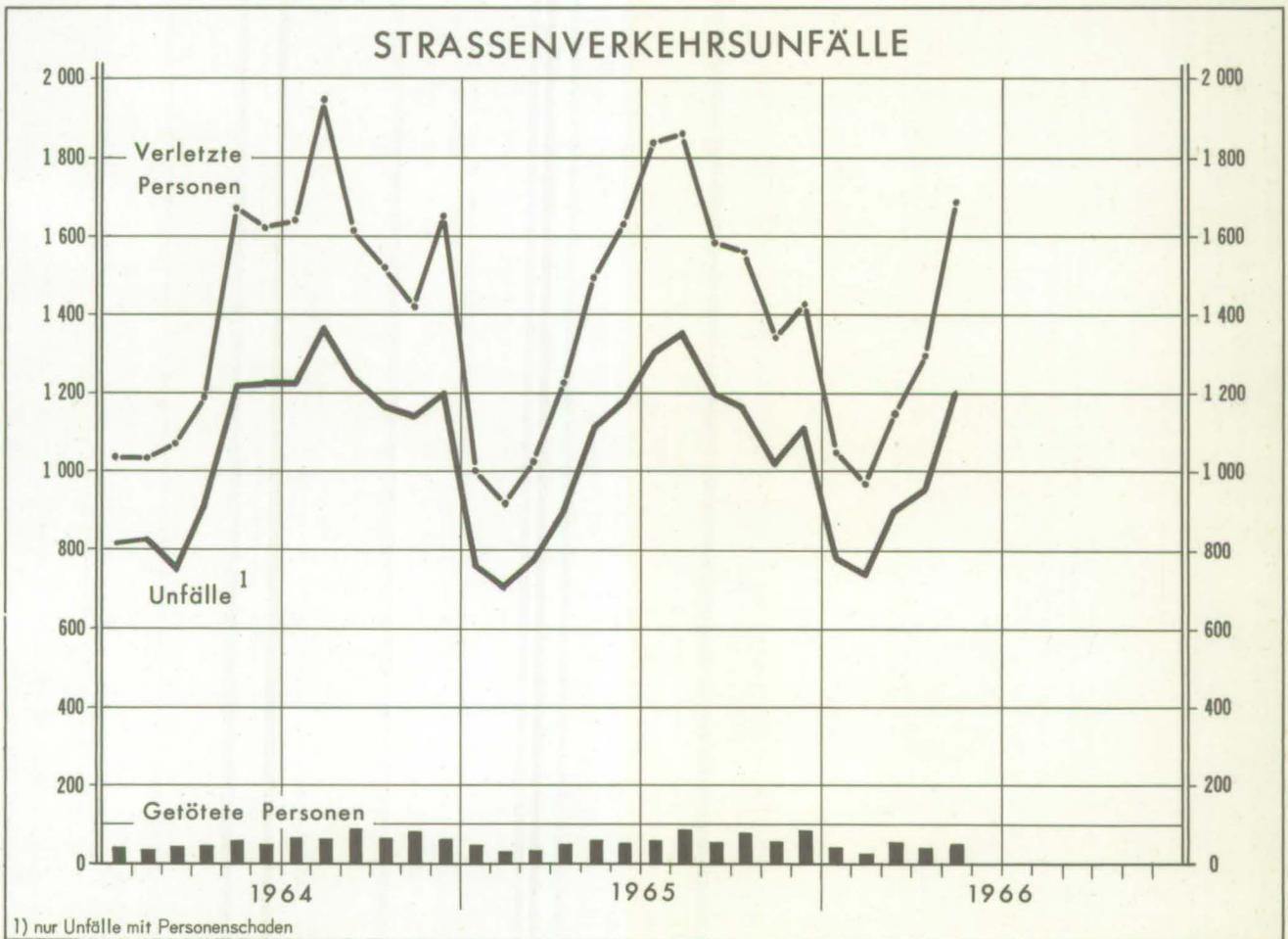
V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 3640

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden

INHALT 7/66

Aktuelle Auslese	141
Aus dem Inhalt	142-143
Aufsätze	
Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 13. 3. 1966	144-150
Das Wohngeld im Jahre 1965	150-155
Der soziale Wohnungsbau im Jahre 1965	155-158
Der Fremdenverkehr im Fremdenverkehrsjahr 1964/65	158-163
Kurzberichte	
Die soziale Herkunft der Schüler in Gymnasien	163-164
Nachwuchs für das Lehramt an Gymnasien	164
Grafik des Monats	152-153
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A – allgemein –	3. Umschlagseite

● Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1966

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964
Bevölkerung nach dem Familienstand
Öffentliche Tiefbauaufträge 1964
Verbrauch in privaten Haushalten
Feuerwehreinsätze 1964

Heft 3/1966

Vorausschätzung Landwirtschaft
Bodennutzung 1965
Bilanzstruktur der Unternehmen 1963

Heft 4/1966

Wohnungswünsche 1965
Haushalt und Familie
Realschüler 1965
Binnenfischerei 1961/62
Güterverkehr Eisenbahn
Streiks 1960-1965

Heft 5/1966

Getreide 1950-1965
Umsätze Gastgewerbe
Sozialhilfeempfänger 1964
Verbrauch, Haushaltsgröße, Einkommen

Heft 6/1966

Berufe der Erwerbspersonen
Finanzausgleich
Umsätze in freien Berufen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 7

Juli 1966

Aktuelle Auslese



**Gesamtwirtschaftliche Leistung
um 9,5 % gestiegen**

Das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein hat 1965 nach der ersten vorläufigen Berechnung 15,5 Mrd. DM erreicht, das sind um 9,5 % mehr als 1964. Im Bundesgebiet wurde im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 8,5 % erzielt. Der Abstand Schleswig-Holsteins vom Bund beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat sich damit von 16,7 % auf 15,9 % geringfügig vermindert.



**Mietzuschüsse vornehmlich für
Sozialwohnungen**

Von den 26 602 Beziehern von Mietzuschüssen in Schleswig-Holstein Ende 1965 sind 77 % Mieter von Wohnungen, die nach 1948 bezugsfertig geworden sind. 80 % dieser 20 590 durch Mietzuschüsse subventionierten Neubauwohnungen sind zusätzlich mit öffentlichen Mitteln finanziert worden.

Starker Rückgang des sozialen Wohnungsbaues

In allen Ländern ist die Zahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen zurückgegangen. Im Bundesdurchschnitt sind 1965, verglichen mit 1964, um 20 % weniger Bewilligungen für den Wohnungsbau ausgesprochen worden, in Schleswig-Holstein um 30 % weniger. Einen noch stärkeren Rückgang haben die Länder Niedersachsen (- 43 %), Bremen (- 40 %) und Baden-Württemberg (- 37 %) zu verzeichnen. Bayern hat dagegen im sozialen Wohnungsbau kaum eine Einbuße (- 2 %) erlitten.

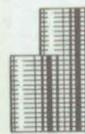


6,5 % mehr Steuern als 1964

Das Steueraufkommen nahm 1965 gegenüber 1964 sowohl in Schleswig-Holstein als

auch im Bundesgebiet um 6,5 % zu. Das Steueraufkommen je Einwohner machte 1965 in Schleswig-Holstein 1 323 DM aus und im Bundesgebiet 1 769 DM. Schleswig-Holstein bleibt damit weiterhin um ein Viertel hinter dem Betrag im Bundesgebiet zurück. Die Entwicklung bei den einzelnen Steuerarten war unterschiedlich:

	Steueraufkommen 1965 je Einwohner in DM		Zunahme gegenüber 1964 in %	
	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Landessteuern	379	548	7,1	4,6
Bundessteuern	771	1 000	6,9	8,2
Gemeindesteuern	174	221	3,6	3,9
Insgesamt	1 323	1 769	6,5	6,5



**Zahl der Kapitalgesellschaften
hat sich erhöht**

Ende 1965 waren bei den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein 69 Aktiengesellschaften und 1 426 Gesellschaften mit beschränkter Haftung registriert. Die gesamte Kapitalausstattung belief sich auf nominell 829 Mill. DM. Gegenüber dem Jahresende 1964 hat sich die Zahl der Aktiengesellschaften um 2 vermindert und die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung um 102 erhöht. Die Kapitalsumme nahm während des Jahres 1965 um 99 Mill. DM zu. Von diesem Zugang entfielen 72 % auf die Aktiengesellschaften und nur 28 % auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die hinzugekommenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung bestanden überwiegend aus Unternehmen mit nur geringer Kapitalausstattung.

Aus dem Inhalt

Kommunalwahl 1966

Seite 144

Zur Kommunalwahl 1966 waren in Schleswig-Holstein fast 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber der Kommunalwahl 1962 kaum verändert. Nur 1,2 Millionen von ihnen haben gewählt. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 68,7 %, die damit die niedrigste von allen Wahlen nach dem Kriege war. Die jüngeren Menschen haben entscheidend zur geringen Wahlbeteiligung beigetragen. Nicht einmal die Hälfte der 21 - 25jährigen ging zur Wahl. Auch bei den 25- bis 30jährigen ist das Wahlinteresse nicht viel größer gewesen. In den nächsten Altersgruppen steigt die Wahlbeteiligung kräftiger an und erreicht bei den 60- bis 70jährigen mit 76,6 % ihren Höhepunkt. Selbst die über 70jährigen haben sich noch stärker für die Wahl interessiert als die unter 35jährigen. Wie bei allen bisherigen Wahlen ist der Anteil der Wählenden unter den Männern höher als unter den Frauen. Die Bürger der Stadt Kiel können für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich wie 1962 am wenigsten an der Wahl beteiligten, nämlich nur mit sechs Zehnteln aller Wahlberechtigten. Auch in den anderen kreisfreien Städten ist die Wahlbeteiligung geringer als im Landesdurchschnitt.

Die CDU ging wie 1962 als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Sie gewann fast 31 000 Stimmen und konnte damit ihren Anteil von 42,3 % auf 45,1 % erhöhen. Diesen Zuwachs errang sie allein in den Kreisen. In den kreisfreien Städten mußte sie nämlich einen Rückgang von fast 10 000 Stimmen in Kauf nehmen. Während die CDU in den kreisfreien Städten zwei Sitze verlor, gewann sie in den Kreisen 21 Sitze, so daß sie mit 419 Sitzen über 19 mehr verfügt als 1962. Auch die SPD konnte ihre Position verbessern. Sie erhöhte ihren Stimmanteil von 38,3 % auf 39,8 %. Durch die niedrige Wahlbeteiligung erhielt sie in den kreisfreien Städten etwas weniger Stimmen als 1962. Ihr Anteil dehnte sich jedoch von 45,6 % auf 48,2 % aus. Die Zahl ihrer Sitze konnte die SPD um 13 auf 337 erhöhen. Die FDP ist auch weiterhin die drittgrößte Partei, mußte aber Verluste gegenüber der letzten Kommunalwahl einstecken. Sie verlor fast 10 000 Stimmen, wodurch sich ihr Anteil von 10,7 % auf 9,8 % verminderte. Alle übrigen Parteien und Wählergruppen haben weniger als 5 % der Stimmen erhalten.

Die verschiedenen Gemeindegrößenklassen mit ihrer unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur wirken sich nur bei den beiden großen Parteien CDU und SPD aus. Hier ist eine Beziehung zwischen Gemeindegröße und Stimmabgabe feststellbar, bei den anderen Parteien und Wählergruppen dagegen nicht. Die Stimmanteile von CDU und SPD verhalten sich genau umgekehrt. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Größenklasse und die der SPD steigen.

Die Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden hat einen besonderen Charakter und ist mit keiner anderen Wahl vergleichbar. Hier im engeren Rahmen einer Gemeinde tritt nicht so sehr die Partei auf, sondern mehr der Ein-

zelne. Deshalb stellt sich häufig an Stelle einer Partei ein Einzelbewerber oder eine Wählergruppe zur Wahl. In den Gemeinden wurden 13 689 Vertreter gewählt. Die Wählergruppen konnten dabei 7 271 Sitze erringen und stellen 53,1 % aller Gemeindevertreter. Sie waren damit am erfolgreichsten von allen Bewerbern. Ihre Stärke liegt vor allem in den unteren Gemeindegrößenklassen. Von den politischen Parteien schnitt die CDU am besten ab. Sie gewann 3 274 Sitze, was einem Anteil von 23,9 % entspricht. Die SPD besetzte 2 316 oder 16,9 % der Sitze.

Wohngeld 1965

Seite 150

Das Gesetz über Wohnbeihilfen vom Juli 1963, novelliert durch das am 1. April 1965 in Kraft getretene sogenannte Wohngeldgesetz, hat die Möglichkeit geschaffen, durch staatliche finanzielle Zuschüsse dem wirtschaftlich Schwächeren ein Mindestmaß an Wohnraum zu sichern. Ende 1965 haben in Schleswig-Holstein rund 31 000 Haushalte einen staatlichen Zuschuß zur Aufbringung ihrer monatlichen Miete (26 602 Fälle) oder - als Eigentümer von Familienheimen - ihrer monatlichen Belastung (4 447 Fälle) erhalten. Insgesamt kosteten diese Leistungen des Wohngeldgesetzes - ohne Verwaltungskosten - im Jahre 1965 fast 12 Mill. DM, und zwar 9,5 Mill. DM an Mietzuschüssen und 2,5 Mill. DM an Lastenzuschüssen. Dieser Betrag geht nach der gesetzlichen Regelung je zur Hälfte zu Lasten des Bundes und des Landes. Nach dem Stande am Ende 1965 werden im Schnitt je Fall monatlich 42 DM Wohngeld bezahlt. Dieser Durchschnittsbetrag erhöht sich bei Empfängern von Lastenzuschüssen auf 64 DM und vermindert sich bei Empfängern von Mietzuschüssen auf 38 DM.

Fast zwei Drittel der Wohngeldempfänger stehen nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben. Relativ häufig sind auch Arbeiter unter den Empfängern von Wohngeld zu finden. Gut jeder fünfte Wohngeldfall betrifft einen Arbeiterhaushalt. Beamte und Angestellte sind etwa gleich stark unter den Wohngeldempfängern vertreten; knapp jeder zehnte Bewilligungsbescheid ging entweder in einen Beamten- oder in einen Angestelltenhaushalt.

Die Einkommensverhältnisse der Wohngeldempfänger werden durch eine Kombination der sozialen Stellung und dem bei der Bewilligung von Wohngeld zu Grunde gelegten Familieneinkommen deutlich. Bei einem monatlichen Familieneinkommen bis zu 300 DM stellen fast ausschließlich die Rentner und Pensionäre die Wohngeldempfänger, und auch in der Einkommensgruppe zwischen 300 und 400 DM überwiegen sie stark. Die wohngeldbeziehenden Arbeiter konzentrieren sich in den Einkommensgruppen zwischen 400 und 1 000 DM. Zu einer groben Kennzeichnung der Haushaltsstruktur der Wohngeldempfänger gehört neben der sozialen Stellung und dem Einkommen auch noch die Haushaltsgröße. Die stärkste Gruppe (41 %) bilden die Einpersonenhaushalte, gefolgt von den Haushalten mit zwei Mitgliedern (20 %).

Sozialer Wohnungsbau 1965 Seite 155

Die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein hat im Jahre 1965 öffentliche Mittel für den Bau von 9 335 Wohnungen bewilligt. Hierin sind 607 Wohnungen der sogenannten Teilförderung enthalten. Gegenüber 1964, wo noch für 13 398 Wohnungen öffentliche Mittel bereitgestellt worden sind, ist demnach ein Rückgang des sozialen Wohnungsbaus um gut 4 000 Wohnungen oder um rund 30 % zu verzeichnen. Etwa jede dritte der 1965 mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen ist einkommensschwachen Wohnungssuchenden vorbehalten. Die Zusammensetzung der Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus nach öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und Eigenfinanzierung hat sich, verglichen mit 1964, nur wenig geändert. Fortgesetzt hat sich aber die Tendenz einer relativ stärkeren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, sowohl zu Gunsten des Eigenkapitals als auch der öffentlichen Mittel. Die gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften haben ihren Anteil an bewilligten sozialen Wohnungen auf knapp über die Hälfte (51 %) erhöht und mit ihre Vorrangstellung im Wohnungsbau wieder weiter ausgebaut. Die privaten Haushalte sind als Bauherren von sozialen Wohnungen die nächst gewichtigste Gruppe. Am häufigsten – etwa jede zweite Wohnung – werden immer noch Sozialwohnungen mit drei oder vier Räumen (einschließlich Küche) gebaut, obgleich diese Wohnungsgröße, verglichen mit den Vorjahren, nicht mehr so stark vorherrscht. Im Durchschnitt aller Gebäudearten kostete der Bau einer sozialen Wohnung im Jahre 1965, wenn nur die vollgeförderten reinen Wohnbauten berücksichtigt werden, 49 800 DM. Bei Mehrfamilienhäusern fällt dieser Betrag auf 39 000 DM ab, bei Einfamilienhäusern erhöht er sich auf 70 800 DM. Die Baukosten je Wohnung sind 1965 gegenüber 1964 im Schnitt um 6 % gestiegen. Die durchschnittlichen monatlichen Kostenmieten je qm Bruttowohnfläche in Mehrfamilienhäusern beliefen sich 1965 auf 2,67 DM.

nur 18,4 Mill. Wenn man dagegen die Entwicklung des Fremdenverkehrs nur in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren betrachtet, so ergibt sich für Schleswig-Holstein im Fremdenverkehrsjahr 1964/1965 ein Anstieg der Fremdenmeldungen um 3,1 % und ein Anstieg der Fremdenübernachtungen um 4,6 %. Im Fremdenverkehrsjahr 1964/1965 waren 229 000 oder 12 % der in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte einkehrenden Gäste Ausländer. Vier Zehntel davon kamen aus Dänemark und 23 % aus Schweden. Schleswig-Holstein ist das bedeutendste Seebäderland in der Bundesrepublik. Im Fremdenverkehrsjahr 1964/1965 entfielen reichlich zwei Drittel der gesamten Seebäderfremdenübernachtungen auf Schleswig-Holstein und nur knappein Drittel auf Niedersachsen. Drei Viertel sämtlicher Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren, die 1964/1965 in Schleswig-Holstein registriert wurden, vereinigen die Seebäder auf sich. Da sich der schleswig-holsteinische Fremdenverkehr so einseitig auf die Seebäder konzentriert, ist er naturgemäß stark von der Jahreszeit abhängig. Im Sommerhalbjahr 1965 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren unseres Landes 3,3mal so viele Fremdenmeldungen und 8,1mal so viele Fremdenübernachtungen gezählt wie im vorhergehenden Winterhalbjahr. Am auffallendsten ist das Übergewicht des Sommerfremdenverkehrs in den Ostseebädern.

Soziale Herkunft der Schüler Seite 163

Eine Untersuchung über die soziale Herkunft der Schüler in den Gymnasien Schleswig-Holsteins ergab, daß der Ausbildungsgrad der Kinder weitgehend von der Vorbildung der Väter beeinflusst wird. Das gilt in noch höherem Maße für Mädchen als für Jungen. Es zeigte sich ferner, daß die Anteile von Arbeiter- und Angestelltenkindern sowie von Kindern, deren Väter selbständig waren, an allen Lernenden mit steigendem Ausbildungsgrad abnehmen. Die Anteile von Beamtenkindern und von Kindern, deren Väter einen freien Beruf hatten, nehmen zu.

Fremdenverkehr 1964/65 Seite 158

Im Fremdenverkehrsjahr 1964/65, das vom 1. Oktober 1964 bis zum 30. September 1965 dauerte, wurden in den Beherbergungsbetrieben, Privatquartieren, Kinderheimen und Jugendherbergen sowie auf den Zeltplätzen der 139 schleswig-holsteinischen Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrsstatistik 2,6 Mill. Fremdenmeldungen und 18,7 Mill. Fremdenübernachtungen registriert. Im Fremdenverkehrsjahr 1963/1964 ist die Gesamtzahl der Fremdenmeldungen annähernd genau so groß gewesen. Die Zahl der registrierten Übernachtungen betrug dagegen 1963/1964

Lehrernachwuchs Gymnasien Seite 164

Von 1956 bis 1965 haben in Schleswig-Holstein 1 020 Studienreferendare die pädagogische Prüfung bestanden, und zwar im Jahrfünft 1956 bis 1960 458 Referendare und im letzten Jahrfünft 562 Referendare. Die bevorzugten Studienfächer waren Deutsch, Englisch und Geschichte; eine steigende Beliebtheit weisen vor allem Französisch, Erdkunde und Leibesübungen auf. Eine rückläufige Tendenz zeigten die Fächer Physik, Kunst-erziehung und Musik, die sowieso nie besonders stark besetzt waren.

Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 13.3.1966

Wahlberechtigte und Wähler

Beinahe 1,7 Mill. Personen waren zur Kommunalwahl am 13. 3. 1966 wahlberechtigt. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber der Kommunalwahl im Jahre 1962 kaum verändert. Sie stieg nämlich nur um 55 000 an. Überraschenderweise sind aber weniger Personen wahlberechtigt gewesen als zur Bundestagswahl im Herbst letzten Jahres. Das kann nur an einer stärkeren Mobilität der Wahlberechtigten während der letzten drei Monate vor der Wahl liegen, die sowohl innerhalb Schleswig-Holsteins als auch von oder nach anderen Ländern stattgefunden haben kann. Das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz schreibt nämlich u. a. vor, daß nur die Person zur Ausübung der Wahl berechtigt ist, die mindestens drei Monate ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet, also der Gemeinde oder dem Kreis, hat. Zur Bundestagswahl spielen solche Umzüge keine Rolle, da hier als Wahlgebiet die Bundesrepublik gilt.

Nicht alle Wahlberechtigten haben ihr Recht auch wahrgenommen. Nur 1,2 Mill. von ihnen haben gewählt. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 68,7%, die damit den traurigen Rekord für sich in Anspruch nehmen kann, die niedrigste von allen Wahlen nach dem Kriege zu sein. Das Alarmierende daran ist, daß diese geringe Wahlbeteiligung keine Ausnahmeerscheinung ist, sondern vielmehr einen Trend fortsetzt, der schon bei den letzten Wahlen beobachtet werden konnte. In fast allen anderen Bundesländern ist ein ähnlicher Trend festzustellen, so daß man von einer gewissen Wahlmüdigkeit der Bundesbürger sprechen kann. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist das Interesse an der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein nie besonders hoch gewesen. Nicht viel besser sieht es bei den Landtagswahlen aus, wenn man die Wahlbeteiligung der Bundestagswahlen gegenüberstellt. Bei allen drei Wahlen gleich ist jedoch die rückläufige Tendenz.

Die jüngeren Menschen haben entscheidend zur geringen Wahlbeteiligung beigetragen. Nicht einmal die Hälfte der 21- bis 25jährigen ging zur Wahl. Auch bei den 25- bis 30jährigen ist das Wahlinteresse nicht viel größer gewesen. In den nächsten Altersgruppen steigt die Wahlbeteiligung kräftiger an und erreicht bei den 60- bis 70jährigen mit 76,6% ihren Höhepunkt. Selbst die über 70jährigen haben sich noch stärker für die Wahl interessiert, als die unter 35 Jahre alten. Wie bei allen bisherigen Wahlen ist

Wahlbeteiligung

Wahl zum	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %
	in 1 000		
Bundestag			
1949	1 731	1 431	82,7
1953	1 573	1 392	88,5
1957	1 549	1 367	88,3
1961	1 626	1 432	88,0
1965	1 687	1 449	85,9
Landtag			
1947	1 595	1 113	69,8
1950	1 716	1 342	78,2
1954	1 549	1 218	78,6
1958	1 567	1 234	78,7
1962	1 654	1 160	70,1
Kreistag			
1948	1 704	1 320	77,4
1951	1 665	1 275	76,5
1955	1 521	1 133	74,5
1959	1 562	1 189	76,1
1962	1 621	1 154	71,2
1966	1 676	1 152	68,7

der Anteil der nichtwählenden Frauen höher als der der Männer. Nur wenig mehr als zwei Drittel der Frauen gingen zur Wahlurne, während es bei den Männern immerhin sieben Zehntel waren. Diese im Verhältnis zu den Männern geringe Wahlbeteiligung tritt - bis auf eine - in allen Altersgruppen auf. Am niedrigsten war sie bei den jungen Frauen und am höchsten bei den 50- bis 60jährigen Frauen. Unter den Männern wurde die geringste Wahlbeteiligung ebenfalls bei den jüngeren Jahrgängen festgestellt, die höchste aber, die zugleich die höchste überhaupt ist, bei den 60- bis 70jährigen mit über acht Zehnteln. Von der in allen Altersgruppen niedrigen Wahlbeteiligung abgesehen, hat sich damit bestätigt, daß die 21- bis 25jährigen Frauen am wenigsten und die 60- bis 70jährigen Männer am häufigsten zur Wahl gehen.

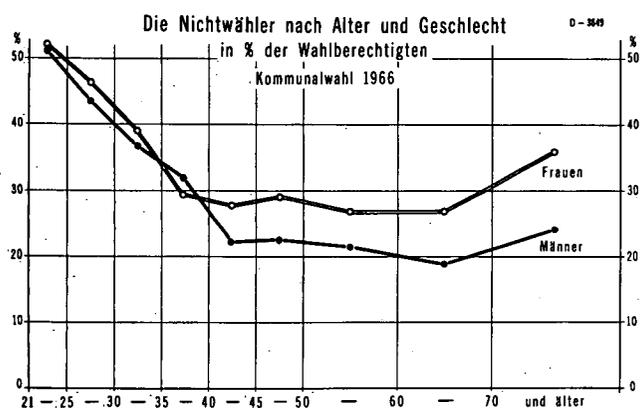
Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe	Männer		Frauen	
	Männer	Frauen	Männer und Frauen	Frauen
21 - 25	49,1	48,1	48,6	
25 - 30	56,5	53,7	55,2	
30 - 35	63,6	61,2	62,4	
35 - 40	68,3	70,8	69,5	
40 - 45	77,9	72,4	74,8	
45 - 50	77,5	71,1	73,7	
50 - 60	78,6	73,3	75,5	
60 - 70	81,1	73,2	76,6	
70 und älter	75,9	64,2	68,7	
Zusammen	70,2	66,5	68,2^a	

1) Stichprobenergebnis aus 44 Wahlbezirken
a) Im amtlichen Endergebnis sind es 68,7 %

Die Bürger der Stadt Kiel können für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich wie 1962 am wenigsten an der Wahl beteiligten, nämlich nur mit sechs Zehnteln aller Wahlberechtigten. Auch in den anderen kreisfreien Städten ist die Wahlbeteiligung geringer als im Landesdurchschnitt. Sie machte nur 63,7% gegenüber 70,8% in den Kreisen und 68,7% im gesamten Land aus. Es ist auffallend, daß es typische Kreise mit niedriger und solche mit hoher Wahlbeteiligung gibt. So gehörte der Kreis Südtondern sowohl 1962 als auch 1966 zu denen mit der niedrigsten und der Kreis Plön zu denen mit der höchsten Wahlbeteiligung.

Ein Vergleich nach Gemeindegrößenklassen zeigt, daß die niedrige Wahlbeteiligung in den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins keine Ausnahmeerscheinung ist, sondern vielmehr ein Trend. Bis auf eine Schwankung in den Größenklassen zwischen 1 000 und 5 000 Einwohnern wird die Wahlbeteiligung mit zunehmender Größenklasse immer kleiner. In den Gemeinden bis zu 250 Einwohnern gingen fast drei Viertel zur Wahl, während es in der über 50 000 Einwohner nur knapp 64% waren.



In immer stärkerem Maße machen die Wahlberechtigten von der Briefwahl Gebrauch, um ihr Wahlrecht nicht zu verschenken, wenn sie am Tage der Wahl nicht am Ort sind. Über 53 500 übten ihr Wahlrecht mittels Briefwahl aus. Im Jahre 1962 sind es knapp 42 000 gewesen. Im Vergleich zur Bundestagswahl (1965 : 103 000) ist ihre Anzahl aber immer noch gering.

Kreiswahl in den Kreisen und Gemeindevahl in den kreisfreien Städten

In den Kreisen mußten - oder wenn man will, konnten - die Wähler am 13. 3. 1966 zwei Stimmzettel abgeben. Mit dem einen wählten sie die Kreisvertreter und mit dem anderen ihre Gemeindevertreter. In den kreisfreien Städten wurde demgegenüber nur

eine Wahl durchgeführt, da hier Kreis und Gemeinde identisch ist. Um ein Landesergebnis erstellen zu können, werden im folgenden die Kreiswahl in den Kreisen und die Gemeindevahl in den kreisfreien Städten als eins betrachtet. Insgesamt waren nach dem Wahlgesetz 881 Mandate zu besetzen, durch 3 Mehrsitze und einen weiteren Sitz erhöhte sich die Zahl jedoch auf 885. Im Abschnitt "Gemeindevahl in den kreisangehörigen Gemeinden" wird näher auf die Ursache eingegangen.

Die Verteilung der gültigen Stimmen und der Sitze

Die CDU ging wie 1962 als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Sie gewann insgesamt fast 31 000 Stimmen und konnte damit ihren Anteil von 42,3% auf 45,1% erhöhen. Diesen Zuwachs errang sie allein in den Kreisen. In den kreisfreien Städten mußte sie nämlich einen Rückgang von fast 10 000 Stimmen in Kauf nehmen, was einer Minderung von 39,3% auf 38,9% entspricht. Am kräftigsten nahm die CDU in Segeberg von 41,2% auf 49,2%, in Pinneberg von 39,2% auf 45,6%, in Stormarn von 38,5% auf 44,9% und in Eutin von 39,2% auf 45,2% zu, während sie in Kiel den stärksten Rückgang von 41,6% auf 35,8% hinnehmen mußte.

Die Stimmverluste der CDU in den kreisfreien Städten haben sich auch auf ihre Sitze ausgewirkt. Sie verlor in Kiel drei Sitze und in Lübeck einen Sitz. Der Verlust in Lübeck war der schwerwiegendere, da er der SPD zur absoluten Mehrheit verhalf. Der Stimmzuwachs in Neumünster brachte ihr zwei zusätzliche Sitze, ohne aber der SPD die absolute Mehrheit nehmen zu können. Insgesamt verlor die CDU also in den kreisfreien Städten zwei Sitze, gewann aber dafür 21 in den Kreisen dazu, so daß sie mit 419 Sitzen über 19 mehr verfügt als 1962. Am gewichtigsten ist der Gewinn von drei Sitzen in Segeberg, da er ihr die absolute Mehrheit brachte. Daneben behauptete die CDU in sechs Kreisen die absolute Mehrheit, und zwar in Flensburg-Land, Husum, Norderdithmarschen, Rendsburg, Schleswig und Südtondern. In weiteren neun Kreisen und in Flensburg-Stadt ist die CDU die stärkste Fraktion.

Auch die SPD konnte ihre Position verbessern. Sie eroberte 16 300 Stimmen und erhöhte dadurch ihren Stimmenanteil von 38,3% auf 39,8%. Es gelang ihr aber wiederum nicht, die Grenze von 40% zu durchstoßen. Durch die niedrige Wahlbeteiligung erhielt sie in den kreisfreien Städten etwas weniger Stimmen als 1962. Ihr Anteil dehnte sich

Verteilung der gültigen Stimmen der Kreiswahl

KREISFREIE STADT Kreis	Gültige Stimmen	davon entfielen in % auf						
		CDU	SPD	FDP	GPD	SSW	Einzel- bewerber	Wähler- gruppen
FLensburg	44 598	34,4	32,4	6,0	1,1	26,2	-	-
KIEL	116 510	35,8	51,8	5,3	-	0,1	-	7,0
LÜBECK	112 568	43,5	49,6	6,9	-	-	-	-
NEUMÜNSTER	36 688	39,9	51,2	8,9	-	-	-	-
Zusammen	310 364	38,9	48,2	6,4	0,2	3,8	-	2,6
Eckernförde	32 067	43,8	38,2	13,1	1,8	3,1	-	-
Eiderstedt	8 811	36,4	27,0	25,3	-	11,3	-	-
Eutin	46 179	45,2	39,9	8,8	-	-	-	6,0
Flensburg-Land	30 016	51,3	21,1	8,7	-	11,0	-	8,0
Hzgt. Lauenburg	68 153	46,8	38,9	6,7	-	-	-	7,6
Husum	29 209	49,1	30,5	10,1	-	4,1	1,7	4,6
Norderdithmarschen	28 312	55,1	31,8	11,9	-	-	-	1,1
Oldenburg (Holstein)	37 266	44,9	38,8	9,8	-	-	-	6,6
Pinneberg	112 214	45,6	43,7	10,7	-	-	-	-
Plön	57 453	46,2	42,6	6,9	4,2	-	-	-
Rendsburg	74 321	52,4	35,0	8,8	3,0	0,7	-	-
Schleswig	44 592	52,8	24,9	10,1	-	7,6	-	4,5
Segeberg	47 461	49,2	29,0	19,0	2,8	-	-	-
Steinburg	61 428	42,1	39,3	14,6	4,0	-	-	-
Stormarn	73 068	44,9	41,4	13,5	-	-	0,1	-
Süderdithmarschen	36 235	48,6	37,1	14,3	-	-	-	-
Südtondern	26 370	51,6	27,9	11,0	-	9,5	-	-
Zusammen	813 155	47,4	36,6	11,2	1,1	1,6	0,1	2,0
Insgesamt	1 123 519	45,1	39,8	9,8	0,8	2,2	0,0	2,2

jedoch von 45,6% auf 48,2% aus. Damit sind die kreisfreien Städte weiterhin die Domäne der SPD. Sie behielt in Kiel und Neumünster die absolute Mehrheit und erreichte sie in Lübeck - anders als bei den Sitzen - fast. Bis auf Neumünster und den Kreis Hzgt. Lauenburg, wo sie einen leichten Rückgang ihres Anteils hinnehmen mußte, erhöhte sie in allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten ihre Anteile.

Die Zahl ihrer Sitze konnte die SPD um 13 auf 337 erhöhen. Sie gewann außer in Neumünster in allen Ratsversammlungen und Kreistagen Sitze hinzu oder hielt ihren Bestand. Sie behielt in Kiel und Neumünster damit die absolute Mehrheit und holte sie sich in Lübeck. In Pinneberg, wo sie bisher die stärkste Fraktion stellte, muß sie diese Stellung mit der CDU teilen.

Die FDP ist auch weiterhin die drittstärkste Partei, mußte aber Verluste gegenüber der letzten Kommunalwahl einstecken. Sie verlor fast 10 000 Stimmen, wodurch sich ihr Anteil von 10,7% auf 9,8% verminderte. Ihre größten Anteile hatte die FDP wie 1962 in Eiderstedt und Segeberg. Während sie in fast allen Kreisen leichte Rückgänge verzeichnen mußte, tat sie in Eckernförde einen kräftigen Sprung nach vorn. Sie erhöhte hier ihren Anteil von 9,2% auf

13,1%. Insgesamt hat die FDP von ihren 1962 errungenen 100 Sitzen 8 eingebüßt. Je einen Sitz verlor sie in 9 Kreistagen und in Neumünster, während sie in Eckernförde 2 hinzugewann.

Sitzverteilung der Kreiswahl

Wahl- jahr	Sitze ins- gesamt	davon entfielen auf					Wähler- grup- pen	Einzel- be- werber
		CDU	SPD	FDP	GPD	SSW		
1962								
Anzahl	881	400	324	100	27	26	3	1
%	100	45,4	36,8	11,4	3,1	3,0	0,3	0,1
1966								
Anzahl	885	419	337	92	-	24	13	-
%	100	47,3	38,1	10,4	-	2,7	1,5	-

Alle übrigen Parteien und Wählergruppen haben weniger als 5% der Stimmen erhalten. Die GPD, die nicht in allen Kreisen Kandidaten aufgestellt hatte, fiel auf 9 500 Stimmen (1962 : 54 000) oder 0,8% zurück und muß als der große Verlierer der Wahlen angesehen werden. Sie verlor alle 27 Sitze, die ihr noch 1962 nach der Vereinigung von DP und BHE zur GDP zugefallen waren. Die Partei der dänischen Minderheit, der SSW, hat wiederum Stimmen und Sitze verloren.

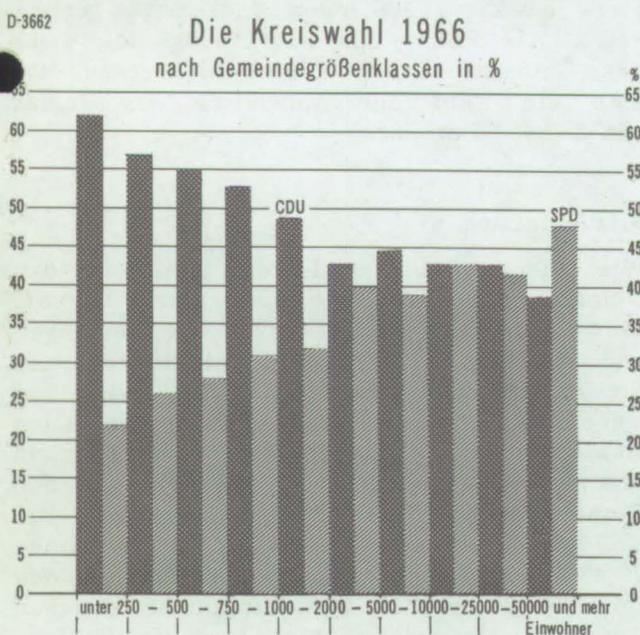
Sein Stimmenanteil ging von 2,5% auf 2,2% zurück und dadurch die Sitzzahl von 26 auf 24. Er verlor in Flensburg-Stadt und Südtondern jeweils einen Sitz. Ein Einzelbewerber schaffte es diesmal nicht, in einen Kreistag zu kommen, während 1962 einer in Husum erfolgreich gewesen war. Die DFU, die 1962 noch über 6 000 Stimmen erhalten hatte, trat zur diesjährigen Kreiswahl nicht auf.

Die Wählergruppen sind stark aufgekommen. Sie konnten fast die gleiche Stimmenzahl wie der SSW, nämlich 24 600, erringen und stellen damit 2,2%. Gleichzeitig erhöhte sich ihre Sitzzahl von 3 auf 13. Besonders stark sind sie in Kiel, wo sie der CDU drei Sitze wegnehmen konnten, in Flensburg-Land und in Hzgt. Lauenburg. Demgegenüber ist eine Wählergruppe in dem Kreistag von Südtondern nicht mehr vertreten, wo sie 1962 noch ein Mandat innehatte.

Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

Die verschiedenen Gemeindegrößenklassen mit ihrer andersartigen Bevölkerungsstruktur wirken sich nur bei den beiden großen Parteien CDU und SPD aus. Hier ist eine Beziehung zwischen Gemeindegröße und Stimmabgabe feststellbar, bei den anderen Parteien und Wählergruppen dagegen nicht.

Die Stimmenanteile von CDU und SPD verhalten sich genau umgekehrt. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Größenklasse und die der SPD steigen. Nur in den Größenklassen 5 000 bis 10 000 und 25 000 bis 50 000 Einwohner sind Abweichungen erkennbar. Diese Beziehung wurde auch bei den vorangegangenen Wahlen festgestellt. In den Größenklassen



bis 2 000 Einwohner konnte die CDU Anteile erringen, die über ihrem Landesdurchschnitt liegen. In den Größenklassen bis 1 000 Einwohner erreichte sie sogar die absolute Mehrheit, wobei die 62% in der untersten Größenklasse - bis 250 Einwohner - besonders auffallen. Hier erhielt die CDU fast dreimal so viel Stimmen wie die SPD. Die SPD blieb demgegenüber in den Größenklassen bis 10 000 Einwohner unter ihrem Landesdurchschnitt. Sie konnte nur in den Gemeinden über 50 000 Einwohner die CDU überflügeln.

Umrechnung auf Landtagswahlen

Da nächstes Jahr im April Landtagswahlen stattfinden werden, dürfte eine Umrechnung besonders interessant sein. Es muß jedoch dabei beachtet werden, daß die Wahlentscheidung bei einer Kommunalwahl anders ausfallen kann, als bei einer Landtagswahl, und ferner, daß bei der Landtagswahl wahrscheinlich keine Wählergruppen auftreten werden. Deshalb müssen bei der Berechnung die Wählergruppen außer Acht gelassen und es können nur die CDU, SPD, FDP und der SSW einbezogen werden. Die Umrechnung besteht darin, daß aus einem wirklichen Landeswahlergebnis mit Hilfe des D'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens fiktive Sitze verteilt werden.

Die CDU würde bei einer am Tage der Kommunalwahl durchgeführten Landtagswahl nach altem Recht (69 Sitze) zwei Sitze weniger erhalten haben, als sie 1962 erhalten hat, die SPD und der SSW die gleiche Anzahl behalten und die FDP zwei hinzugewinnen. Das neue Landeswahlgesetz, das erstmals zur Landtagswahl 1967 in Anwendung kommt, sieht 73 Sitze vor. Von den vier neuen Sitzen würde - nach dem Stimmenergebnis der Kommunalwahl 1966 - die CDU drei bekommen und die SPD einen. Der Vergleich mit der Landtagswahl 1962 zeigt, wenn damals 73 Sitze zur Verteilung gekommen wären, daß dann die CDU mit den Stimmen der Kommunalwahl 1966 die gleiche Anzahl Sitze erhalten, die SPD einen weniger und die FDP einen mehr erhalten hätte.

	Sitze im Landtag				
	Ins-gesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
Altes Recht					
Nach den Stimmen der Landtagswahl 1962	69	34	29	5	1
Kommunalwahl 1966	69	32	29	7	1
Neues Recht					
Nach den Stimmen der Landtagswahl 1962	73	35	31	6	1
Kommunalwahl 1966	73	35	30	7	1

Eine Aufteilung auf die einzelnen Landtagswahlkreise ist nicht möglich, da die Neueinteilung der Wahlkreise noch nicht abgeschlossen ist. Eine entsprechende Umrechnung wird zu gegebener Zeit an gleicher Stelle veröffentlicht werden.

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden

Die Gemeindewahl im engeren Sinne hat einen besonderen Charakter. Sie ist weder mit der Bundestagswahl noch mit der Landtagswahl und auch nicht mit der Kreiswahl vergleichbar. Hier im engeren Rahmen einer Gemeinde, wo - besonders in den kleinen - fast jeder jeden kennt, tritt nicht so sehr die Partei auf, sondern mehr der Einzelne. Deshalb stellt sich häufig an Stelle einer Partei ein Einzelbewerber oder eine Wählergruppe zur Wahl. Es kommt dabei vor, daß eine Partei mit einer Wählergruppe zusammengeht, also die Wählergruppen nicht nur, wie landläufig oft angenommen, unpolitische Vereinigungen von Nichtparteimitgliedern sind.

In den Gemeinden waren insgesamt 13 642 Vertreter zu wählen. Es wurden aber 13 689 gewählt. Die um 47 erhöhte Zahl entsteht dadurch, daß eine Partei oder Wählergruppe ihre sogenannten Mehrsitze behält. Für die Kommunalwahl wie für die Bundestagswahl und die Landtagswahl gilt die Verhältniswahl. Das bedeutet, daß jede Partei und Wählergruppe so viele Sitze bekommt, wie ihr nach ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen. Auf diese Sitze werden ihnen jene angerechnet, die sie in der Direktwahl in den Stimmbezirken errungen haben. Verbleiben dann noch Sitze, so werden die weiteren aus der Liste besetzt. Hat eine Partei oder Wählergruppe jedoch durch die Direktwahl mehr Sitze erreicht, als ihr nach dem verhältnismäßigen Stimmenanteil zustehen, so verbleiben ihr die Mehrsitze. Das kommt in kleinen Gemeinden mit unterschiedlich großen Stimmbezirken häufiger vor, als in größeren. Durch die Mehrsitze konnte es möglich sein, daß eine Minderheit von Wählern eine Mehrheit von Sitzen erhielt. Die Neufassung des maßgebenden § 11 GKWG beseitigt diese Ungleichheit. Danach werden, wenn Mehrsitze entstanden sind, solange weitere Sitze auf alle Parteien und Wählergruppen verteilt, bis der ursprüngliche Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt ist. Dabei können die zusätzlichen Sitze entweder einer anderen Partei oder Wählergruppe zufallen als der, die den Mehrsitz errungen hat (= "weiterer Sitz") oder derselben Partei.

Im letzteren Falle werden keine "weiteren Sitze" verteilt, es gibt aber einen Vertreter mehr in der Gemeinde, als ihr bei ihrer Größe nach dem GKWG zusteht.

Da es vorkommen kann - bei der diesjährigen Wahl war es nicht der Fall - daß die neue Regelung eine übermäßige Vergrößerung der Gemeindevertretung nach sich zieht, hat der Gesetzgeber eine Schranke eingefügt. Die Zahl der weiteren Sitze darf höchstens doppelt so groß sein wie die der ursprünglichen Mehrsitze. Bei zwei Mehrsitzen dürfen also höchstens vier weitere Sitze verteilt werden. Ist ein Mehrsitz dadurch nicht gedeckt, so bleibt er als Überhangmandat bestehen.

Insgesamt entstanden bei der Gemeindewahl 57 Sitze, die über die zustehende Zahl hinausgingen. In 20 Fällen wurden diese Mehrsitze durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt, indem die Gesamtzahl der Sitze in der Gemeinde erhöht wurde. Darunter waren zwei Gemeinden in denen sogar jeweils zwei Mehrsitze durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt waren. In 9 Gemeinden mußten jeweils ein weiterer Sitz für einen Mehrsitz, in einer Gemeinde zwei weitere Sitze für einen Mehrsitz, in 2 Gemeinden für jeweils 2 Mehrsitze ein weiterer Sitz und in zwei Gemeinden für jeweils zwei Mehrsitze zwei weitere Sitze verteilt werden. Demgegenüber wurden in zwei Gemeinden die zustehenden Listensitze nicht ausgenutzt, da zu wenig Listenbewerber aufgestellt worden waren. In weiteren zwei Gemeinden waren in den jeweiligen Stimmbezirken nur Einzelbewerber aufgestellt und gewählt worden. Da keine Liste von einer Partei oder Wählergruppe aufgestellt worden war, blieben die vier jeweils zustehenden Listensitze unbesetzt. Als Folge der Neufassung des § 11 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes hat sich die Zahl der Mehrsitze nur leicht von 48 auf 57 erhöht.

Sitzverteilung

Wie schon oben angedeutet, treten in den Gemeinden die Wählergruppen stark hervor. Sie konnten insgesamt 7 271 Sitze erringen und stellen 53,1% aller Gemeindevertreter. Sie erhöhten ihren Anteil um 359 Sitze und waren damit am erfolgreichsten von allen Bewerbern. Ihre Stärke liegt vor allem in den unteren Gemeindegrößenklassen. In den Gemeinden bis 250 Einwohner konnten sie 87,7% und in denen von 250 bis 500 Einwohner 76,4% aller Sitze erobern, in den Gemeinden mit 25 000 bis 50 000 Einwohner dagegen nur 2,8%. Besonders stark sind die Wähler-

Sitzverteilung der Gemeindewahl

Kreis	Insgesamt	davon entfielen auf							
		CDU	SPD	FDP	GPD	SSW	Einzelbewerber	Wählergruppen	Sonstige
Eckernförde	560	185	148	18	—	3	1	205	—
Eiderstedt	224	49	35	14	—	16	—	110	—
Eutin	225	107	87	17	—	—	—	12	2
Flensburg-Land	1 138	177	63	9	6	41	2	838	2
Hzgt. Lauenburg	1 241	333	213	25	3	—	11	655	1
Husum	593	96	55	7	—	4	—	431	—
Norderdithmarschen	621	76	84	16	—	—	1	444	—
Oldenburg (Holstein)	424	183	165	25	—	—	—	45	6
Pinneberg	740	317	242	58	—	—	—	123	—
Plön	1 064	261	229	11	16	—	7	540	—
Rendsburg	1 333	353	170	19	9	—	3	768	11
Schleswig	1 010	305	62	40	—	27	1	570	5
Segeberg	1 036	220	141	133	4	—	—	538	—
Steinburg	951	155	201	63	14	—	6	512	—
Stormarn	1 013	213	218	86	8	—	4	482	2
Süderdithmarschen	773	142	144	25	—	—	—	462	—
Südtondern	743	102	59	10	—	16	20	536	—
Insgesamt	13 689	3 274	2 316	576	60	107	56	7 271	29
%	100	23,9	16,9	4,2	0,4	0,8	0,4	53,1	0,2

gruppen in den Kreisen Flensburg-Land (73,6%), Husum (72,7%), Südtondern (72,1%) und Norderdithmarschen (71,5%) vertreten. Sie stellen in 620 Gemeinden Schleswig-Holsteins die gesamte Gemeindevertretung. Nur im Kreis Eutin existiert keine Wählergruppe und im Kreis Oldenburg (Holstein) bekam sie nur 10,6% und im Kreis Pinneberg 16,6% aller Sitze. In fast allen übrigen Kreisen errangen sie beinahe immer 50% und mehr.

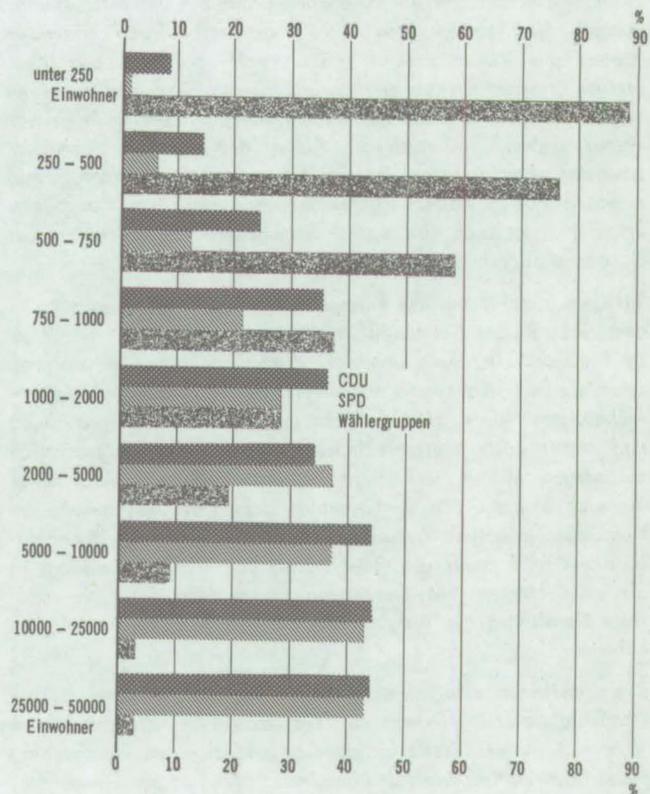
Die Zahl der durchgekommenen Einzelbewerber schrumpfte von 88 auf 56 zusammen. Sie treten nur noch in Südtondern etwas stärker auf, wo sie 20 Vertreter oder 2,7% der Sitze stellen. Sie bilden jedoch in jeweils einer Gemeinde der Kreise Hzgt. Lauenburg und Plön die gesamte Gemeindevertretung.

Von den politischen Parteien schnitt die CDU am besten ab. Sie gewann 77 Sitze hinzu und kam auf 3 274, was einem Anteil von 23,9% entspricht. Umgekehrt wie die Wählergruppen ist sie in den kleinen Gemeinden nur schwach und in den größeren stärker vertreten. Sie erzielte aber weder in einer Gemeindegrößenklasse noch in einem Kreis die absolute Mehrheit. Die höchsten Anteile errang sie in den Kreisen Eutin (47,6%), Oldenburg (43,2%) und Pinneberg (42,8%) und den niedrigsten erhielt sie in Norderdithmarschen (12,2%). Bemerkenswert ist es, daß die CDU in 55 Gemeinden des Landes die Gemeindevertreter allein stellt.

Die SPD führt gegenüber ihrer sonstigen Stellung in den Vertretungen der kreisange-

hörigen Gemeinden nur ein bescheidenes Dasein. Sie besetzte 2 316 oder 16,9% der Sitze, obwohl sie 19 hinzugewann. Besonders schwach ist sie in den Gemeinden der Kreise Flensburg-Land (5,5%), Schleswig (6,1%), Südtondern (7,9%) und Husum (9,3%) vertreten.

D - 3661
Sitzverteilung der Gemeindewahl 1966
nach Gemeindegrößenklassen in %



Ihren stärksten Rückhalt hat sie in den Kreisen Oldenburg (38,9%) und Eutin (38,7%). In vier Kreisen konnte sie die CDU überflügeln, während die CDU in den übrigen 13 Kreisen mehr Sitze innehat. Ebenso wie bei der CDU steigen die Anteile der SPD mit wachsender Gemeindegrößenklasse. In den kleinsten Gemeinden eroberte sie nur 1,4% aller Sitze und in den Gemeinden zwischen 25 000 und 50 000 Einwohnern 42,7%.

Alle übrigen Parteien mußten mehr oder weniger große Verluste einstecken. Besonders stark war der Rückgang bei der GPD, die mit 60 Sitzen 223 weniger als 1962 aufweist. Sie ist in zehn Kreisen überhaupt nicht mehr vertreten. Auch die FDP schrumpfte zusammen. Nur noch 576 gegenüber 731 ihrer Vertreter sitzen in Gemeindeparlamenten. Allein im Kreis Segeberg konnte sie ihre Hochburg mit 12,8% halten. Dort gelang es ihr auch, in drei Gemeinden die Gemeinde-

vertretung allein zu stellen. Der SSW, der traditionsgemäß in den nördlichen Kreisen auftritt, büßte ebenfalls Sitze ein. Die Anzahl seiner Vertreter verringerte sich von 125 auf 107. Zunahmen in den Kreisen Flensburg-Land und Husum standen starke Rückschläge in Südtondern und Eiderstedt gegenüber. Der uSHB ist nur noch in einzelnen Gemeinden anzutreffen. Er verlor 15 seiner Sitze. Die NPD, die zur Kreiswahl keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, konnte in einigen Gemeinden Sitze erringen; insgesamt waren es 13. Die meisten davon erhielt sie im Kreis Oldenburg (5).

Ergebnisse über die Altersstruktur, das Geschlecht und die Wiederwahl der Vertreter nach Parteien werden im nächsten Monatsheft veröffentlicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 200 (Juli)

Das Wohngeld im Jahre 1965

Das Gesetz über Wohnbeihilfen vom Juli 1963, novelliert durch das am 1. April 1965 in Kraft getretene sogenannte Wohngeldgesetz, hat die Möglichkeit geschaffen, durch staatliche finanzielle Zuschüsse dem wirtschaftlich Schwächeren ein Mindestmaß an Wohnraum zu sichern. Dieses Gesetz steht im engen Zusammenhang mit dem stufenweisen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Es war zu erwarten, daß die unter den Bedingungen der Abbaugesetze sich marktwirtschaftlich bildenden Mieten die Wirtschaftskraft sozial schwacher Gruppen übersteigen und dadurch das sittliche Recht des Einzelnen auf einen angemessenen Wohnraum gefährden würden. Zum anderen war vorauszusehen, daß auch die Mieten des sozialen Wohnungsbaus aus verschiedenen Gründen Höhen erreichen würden, die in manchen Fällen weitere subjektbezogene staatliche Zuschüsse erfordern, um auch die sozial schwächeren Schichten in den Genuß der Sozialwohnungen kommen zu lassen.

Mit dem Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes ist im Gegensatz zu dem Gesetz über Wohnbeihilfen bei der Bewilligung von Wohngeld grundsätzlich kein Unterschied mehr zwischen "schwarzen" und "weißen" Kreisen oder Gemeinden. Lediglich bei der anrechenbaren Miete sind Gebiete mit Wohnraumbewirtschaftung und damit auch Mietpreisbindung noch an die preisrechtlich zulässigen Mieten und nicht an die Obergrenzenverordnung, die sich an der Größe der Gemeinde und an der Ausstattung der Wohnungen orientiert, gebunden. Die Durchführung des Wohngeldgesetzes und damit die Bewilligung von Wohngeld obliegt in Schleswig-Holstein den Gemeinden, es sei denn, daß nicht amtsfreie Gemeinden die Aufgabe auf ihr zuständiges Amt delegiert haben.

Die Bewilligungsstellen sind auch die Berichtersteller für die Wohngeldstatistik, indem sie bei manueller Berechnung des Wohngeldes dem Statistischen Landesamt einen Durchschlag jedes Bearbeitungsblattes übersenden. Diejenigen Gemeinden,

die zu einer modernen elektronischen Berechnung des Wohngeldes bereits übergegangen sind oder noch übergehen werden, haben es einfacher. Mit der Berechnung des Wohngeldes fällt auch die Lochkarte für die maschinelle Aufbereitung im Statistischen Landesamt an.

Die aus den genannten Unterlagen gewonnenen Ergebnisse der Wohngeldstatistik lassen sich zwei Gruppen zuordnen. Die erste Gruppe enthält Aussagen über die finanziellen und materiellen Auswirkungen des Gesetzes als Ganzes und dessen sozialpolitischen Aspekte. Die zweite Gruppe versucht, die Auswirkungen einzelner Bestimmungen des Gesetzes zu qualifizieren, z.B. die sogenannte Kappung des Wohngeldes durch die Begrenzung der Wohnfläche entsprechend der Haushaltsgröße oder durch die je nach Einkommen und Haushaltsgröße selbst zu tragende Miete oder Belastung. Dieses Zahlenmaterial soll im wesentlichen der Gesetzgebung dienen, mit dem Ziel, erkannte mögliche Mängel einzelner Bestimmungen im Zuge einer Novellierung des Wohngeldgesetzes zu beseitigen.

Dieser Bericht befaßt sich lediglich mit der ersten Gruppe von Ergebnissen, den finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes, und gibt Antwort auf die Frage nach der Zusammensetzung des Bezieherkreises von Wohngeld. Die ins Einzelne gehenden Ergebnisse werden in Kürze als Statistischer Bericht den an der Weiterentwicklung der Wohngeldgesetzgebung besonders interessierten Kreisen zur Verfügung stehen.

Über 30 000 Wohngeldempfänger

Ende 1965 haben in Schleswig-Holstein rund 31 000 Haushalte einen staatlichen Zuschuß zur Aufbringung ihrer monatlichen Miete (26 602 Fälle) oder - als Eigentümer von

Wohngeldfälle und gezahlte Beträge

Jahr	Empfänger von Wohngeld am Ende des Jahres	Wohngeld ¹			Noch unerledigte Anträge am Ende des Jahres
		Im Jahr gezahlte Beträge insgesamt	davon		
			Mierzuschuß	Lastenzuschuß	
1 000 DM					
1964	14 413	5 550 ^a	4 657 ^a	893 ^a	2 065
1965	31 049	11 943	9 450	2 493	11 091

1) vor dem 1. April 1965 Wohnbeihilfe

a) einschl. November und Dezember 1963

Familienheimen - ihrer monatlichen Belastung (4 447 Fälle) erhalten. Gegenüber 1964, wo noch nach dem alten Recht Wohnbeihilfen gezahlt worden sind, hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger mehr als verdoppelt. Die Bewilligungsstellen hatten außerdem zu Beginn des Jahres 1966 einen Überhang von rund 11 100 unerledigten Fällen auf ihren Tischen liegen.

Insgesamt kosteten die Leistungen des Wohngeldgesetzes - ohne Verwaltungskosten - im vergangenen Jahr fast 12 Mill. DM, und zwar 9,5 Mill. DM an Mietzuschüssen und 2,5 Mill. DM an Lastenzuschüssen. Dieser Betrag geht nach der gesetzlichen Regelung je zur Hälfte zu Lasten des Bundes und des Landes. Leider ist es nicht möglich, statistische Auswirkungen des Übergangs von Beihilfen nach dem Wohnbeihilfegesetz auf Zuschüsse nach dem Wohngeldgesetz am 1. April 1965, der nicht nur eine Etikettenänderung beinhaltet, festzustellen, da in den genannten Beträgen für 1965 sowohl Zuschüsse als auch Beihilfen enthalten sind, und außerdem die Angaben für 1964 auch noch in die Monate November und Dezember 1963 hineinreichen.

An Hand des nach dem Stand 31. 12. 1965 monatlich zu zahlenden Wohngeldes von 1,3 Mill. DM läßt sich aber abschätzen, daß für das Jahr 1966 auf den öffentlichen Haushalt mindestens 15 bis 16 Mill. DM für Miet- und Lastenzuschüsse zukommen. Bei diesem Betrag ist aber noch nicht berücksichtigt, daß ab 1. Juli dieses Jahres die Mietpreisbindungen im ganzen Land, mit Ausnahme von acht "schwarzen" Gemeinden in "weißen" Kreisen aufgehoben sein werden. Außerdem ist die weitere Auswirkung der Mietentwicklung, auch im sozialen Wohnungsbau, auf die Zahl der Wohngeldfälle noch nicht abzusehen. Mehr und mehr wird sich auch die Einschätzung des Wohngeldes als Rechtsanspruch und nicht als Fürsorgeleistung durchsetzen, so daß weitere potentielle Wohngeldfälle sich als Anträge auf Wohngeld bei den Bewilligungsstellen realisieren werden.

Für die Bewilligungsstellen des Landes gab es aber weit mehr Arbeit, als in dem Bestand an Wohngeldfällen zum Ausdruck kommen. Insgesamt gingen durch die Hand der zuständigen Sachbearbeiter 76 860 Anträge auf Bewilligung von Wohngeld. Von diesen sind 2 065 Anträge unerledigt aus dem Vorjahr übernommen worden. Die Zahl der zu bearbeitenden Wohngeldanträge war deshalb so hoch, weil in diesem Jahr unabhängig von der Laufzeit der Bewilligungen - im allgemeinen ein Jahr - alle bestehenden Fälle am 1. April von Wohnbeihilfen auf Wohngeld umgestellt werden mußten. Diese Umstellungen sind in den ausgewiesenen 26 202 Anträgen auf Weitergewährung von Wohngeld enthalten, gleichgültig, ob damit eine Erhöhung oder Verminderung des Zuschusses verbunden war. Etwa ebenso viele Anträge, nämlich 26 189, sind erstmalig gestellt und mit einem positiven Bewilligungsbescheid erledigt worden. In 1 117 Fällen haben die Antragsteller während der Laufzeit ihres Wohngeldbescheides wegen Verminderungen ihres Einkommens, Erhöhung der Miete oder Vergrößerung ihres Haushaltes mit Erfolg zwecks Erhöhung des Wohngeldes einen neuen Antrag gestellt. 9 891 Anträge von Wohngeld sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abgelehnt worden; 2 370 Zahlungen von Wohngeld sind im Jahr 1965 aus den verschiedensten Gründen (Tod, Bezug einer anderen billigeren Wohnung usw.) eingestellt worden.

Nach dem Stand Ende 1965 werden im Schnitt je Fall monatlich 42 DM Wohngeld bezahlt. Dieser Durchschnittsbetrag erhöht sich bei Empfängern von Lastenzuschüssen auf 64 DM und vermindert sich bei Empfängern von Mietzuschüssen auf 38 DM.

Nichterwerbstätige überwiegen

Die Aufgliederung der Wohngeldempfänger nach der sozialen Stellung, der Haushaltsgröße und dem monatlichen Familieneinkommen beantwortet die Frage, welcher Personenkreis auf staatliche Zuschüsse für das Wohnen angewiesen ist und von seinem Rechtsanspruch Gebrauch gemacht hat.

Fast zwei Drittel (62%) der Wohngeldempfänger stehen nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben. Es sind dies hauptsächlich Rentner und Pensionäre, zum geringeren Teil auch andere öffentliche oder private Unterstützungsempfänger und Personen, die noch in der Berufsausbildung stehen und kein eigenes Einkommen haben. Ihr Anteil an den Empfängern von Lastenzuschüssen ist verständlicherweise wesentlich kleiner; nur gut jeder fünfte Eigentümer eines Eigenheimes,

DER HAUSHALT DES LANDES 1966



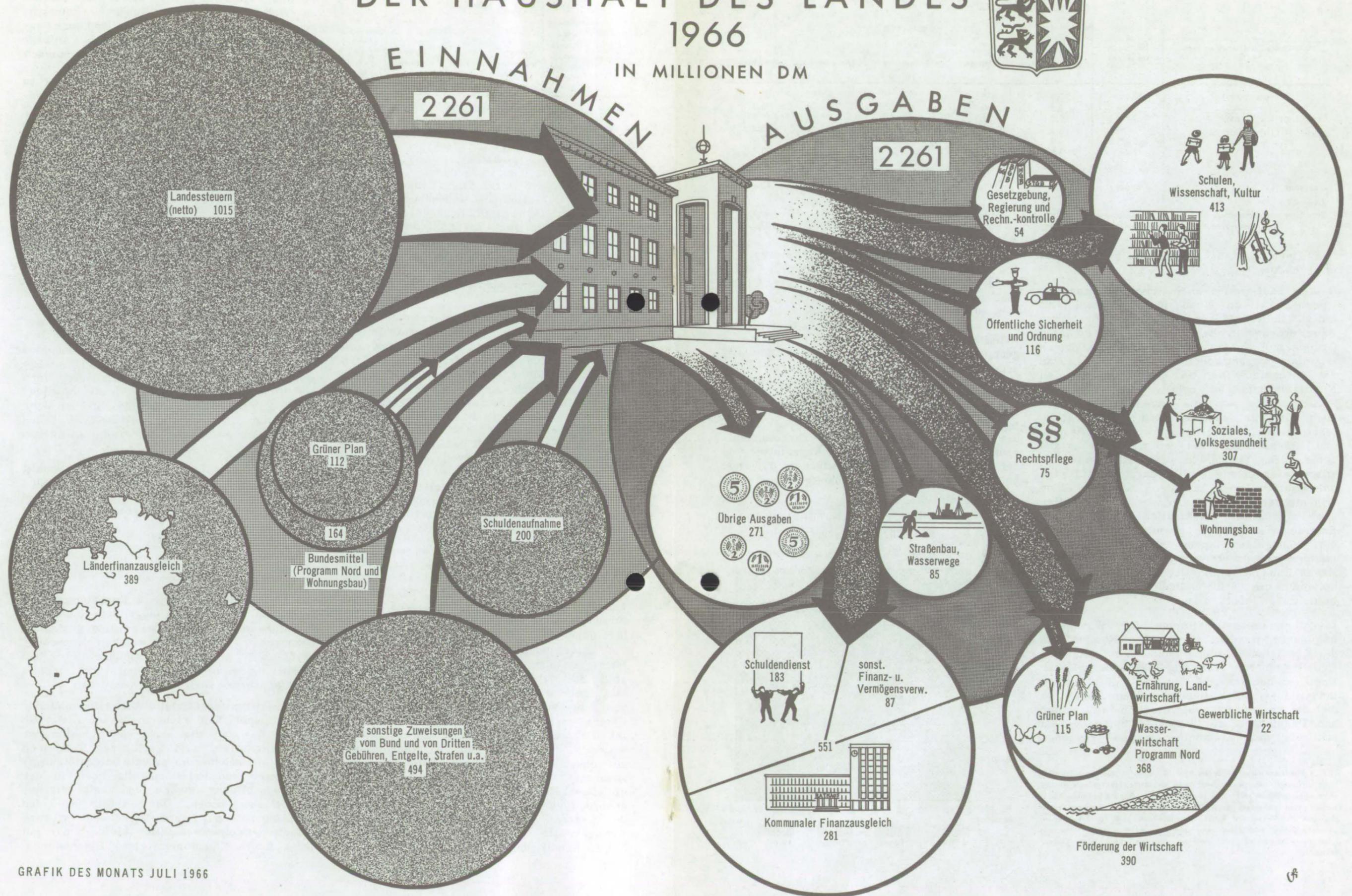
IN MILLIONEN DM

EINNAHMEN

2261

AUSGABEN

2261



Wohngeldempfänger nach dem monatlichen Familieneinkommen und der sozialen Stellung

- Stand 31. 12. 1965 -

Monatliches Familieneinkommen in DM	Empfänger insgesamt	davon in %				Nicht- erwerbs- tätige
		Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	
bis 200	10 162	0,3	0,0	0,3	1,8	97,5
201 - 300	5 169	0,3	0,1	0,9	3,4	95,3
301 - 400	3 286	1,0	1,2	3,3	9,2	85,2
401 - 600	5 062	1,6	14,4	11,4	44,2	28,3
601 - 800	5 491	1,3	29,0	19,6	45,2	4,9
801 - 1 000	1 437	1,8	22,1	35,8	36,5	3,7
1 001 und mehr	442	2,5	32,6	48,9	14,3	1,8
Insgesamt	31 049	0,9	9,1	8,3	19,2	62,5
davon						
Empfänger von Mietzuschuß	26 602	0,6	8,6	6,4	15,1	69,2
Lastenzuschuß	4 447	2,4	12,0	19,7	43,7	22,3

der einen Lastenzuschuß erhält, ist nicht erwerbstätig.

Relativ häufig sind auch Arbeiter unter den Empfängern von Wohngeld zu finden. Gut jeder fünfte Wohngeldfall betrifft einen Arbeiterhaushalt. Der Anteil dieser sozialen Gruppe nur an den Lastenzuschußempfängern ist aber wesentlich höher, mit 44% sogar der höchste. Die im Gegensatz zu den Nichterwerbstätigen relativ häufigere Inanspruchnahme von Lastenzuschüssen trifft auch für alle anderen noch im Erwerbsleben stehenden Personengruppen zu. Beamte und Angestellte sind etwa gleich stark unter den Wohngeldempfängern vertreten; knapp jeder zehnte Bewilligungsbescheid ging entweder in einen Beamten- oder in einen Angestelltenhaushalt. Lastenzuschüsse erhalten aber Angestellte wesentlich häufiger als Beamte. Selbständige machen nur etwa 1% der Wohngeldempfänger aus. Demgegenüber ist aber der Anteil von 2,4% an den monatlichen Zuschüssen für die Lasten von Eigenheimen, die Selbständigen gehören, verhältnismäßig hoch.

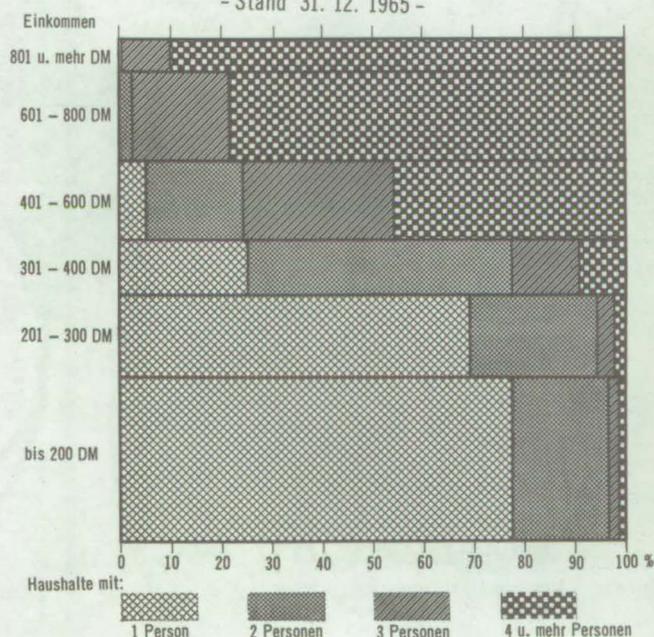
Die Einkommenverhältnisse der Wohngeldempfänger werden durch eine Kombination der sozialen Stellung und dem bei der Bewilligung von Wohngeld zugrunde gelegten Familieneinkommen¹ deutlich. Bei einem monatlichen Familieneinkommen bis zu 300 DM stellen fast ausschließlich die Rentner und Pensionäre die Wohngeldempfänger und auch in der Einkommensgruppe zwischen

300 und 400 DM überwiegen sie stark. Von den Wohngeldempfängern mit einem mittleren Familieneinkommen von 400 bis 600 DM stellen sie noch gut ein Viertel (28%). In den höheren Einkommensgruppen sind sie kaum zu finden. Die wohngeldbeziehenden Arbeiter massieren sich in den Einkommensgruppen zwischen 400 und 1 000 DM. Bei den Beamten und Angestellten verläuft die Verteilung der Wohngeldempfänger auf die verschiedenen Einkommensgruppen bis zu einem monatlichen Familieneinkommen bis zu 600 DM etwa gleich. Nur jeweils 3% der Wohngeldbezieher dieser Einkommensgruppe waren Beamte und Angestellte. In den Einkommensgruppen zwischen 600 und 800 DM sind die Beamten häufiger vertreten

D - 3663

Familieneinkommen und Haushaltsgröße der Wohngeldempfänger

- Stand 31. 12. 1965 -



¹) Das Familieneinkommen ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder, wobei bestimmte gesetzlich festgelegte Unterstützungsleistungen nicht oder nur teilweise in Ansatz kommen. Abzusetzen sind außerdem noch Kinderfreibeträge und Werbungskosten und von der Restsumme eine Pauschale von 15% für Steuern und Versicherungen. Für Zuwanderer und Aussiedler und Bezieher von Kleinststeinkommen sind noch weitere Vergünstigungen im Gesetz festgelegt

als die Angestellten; bei den noch höheren Einkommen über 800 DM ist es umgekehrt. Bei den Selbständigen steigt wie bei den vorgenannten sozialen Gruppen mit Ausnahme der Rentner und Pensionäre der an sich unbedeutende Anteil an den Wohngeldempfängern im allgemeinen mit der Einkommenshöhe, und zwar von 0,3% bis 2,5%.

Zu einer groben Kennzeichnung der Haushaltsstruktur der Wohngeldempfänger gehört neben der sozialen Stellung und dem Einkommen auch noch die Haushaltsgröße. Die stärkste Gruppe (41 %) bilden die Einpersonenhaushalte, gefolgt von den Haushalten mit zwei Mitgliedern (20 %). Die Haushalte mit drei Personen machen 12 % der Wohngeldempfänger aus. Ein stärkeres Gewicht (28 %) haben wiederum die größeren Familien, die 4 und mehr Personen umfassen.

Neben der Höhe der Miete hängt es sowohl von der Haushaltsgröße als auch vom Familieneinkommen ab, ob ein Wohngeld gewährt wird; je größer der Haushalt, desto höher kann auch das Familieneinkommen sein.

Es ist darum einleuchtend, daß der Anteil der großen Haushalte von 4 und mehr Personen an allen Haushaltsgrößen mit der Einkommensgruppe stetig steigt, und zwar von unter 1 % bis auf 90 %. Umgekehrt herrschen die Einpersonenhaushalte um so stärker vor, je geringer das Familieneinkommen ist.

In den untersten Einkommensgruppen (bis zu 200 DM) stellen Alleinstehende fast 80 % der Wohngeldempfänger. Ihr Gewicht fällt dann rasch ab bis auf 5 % in der Einkommensgruppe 400 bis 600 DM. Ein paar Sonderfälle von Alleinstehenden, die über 600 DM verdienen, seien hier unberücksichtigt.

Die Haushalte mit 2 und 3 Personen treten am häufigsten in den mittleren Einkommensgruppen in Erscheinung. Die Zweipersonenhaushalte machen die Hälfte (52 %) der Wohngeldbezieher mit einem anrechenbaren Einkommen zwischen 300 und 400 DM aus, die 3-Personenhaushalte stellen 30 % der Einkommensgruppe zwischen 400 und 600 DM.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Der soziale Wohnungsbau im Jahre 1965

Öffentliche Mittel für über
9 000 Sozialwohnungen

Die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein hat im Jahre 1965 öffentliche Mittel für den Bau von 9 335 Wohnungen bewilligt. Hierin sind 607 Wohnungen der sogenannten Teilförderung enthalten. Das sind in der Hauptsache Förderungsmaßnahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, die sich nicht auf das gesamte Bauobjekt, sondern nur auf einzelne Wohnungen beziehen, oft in Verbindung mit gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben. Gegenüber dem Vorjahr, wo noch für 13 398 Wohnungen öffentliche Mittel bereitgestellt worden sind, ist demnach ein Rückgang des sozialen Wohnungsbaus um gut 4 000 Wohnungen oder um rund 30% zu verzeichnen.

Etwa jede dritte der 1965 mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen ist einkommensschwachen Wohnungsuchenden vorbehalten. Der Schwellenwert für diesen Personenkreis ist im Zweiten Wohnungsbaugesetz festgelegt und beträgt für Alleinstehende 2 400 DM im Jahr, für Familien mit zwei Familienmitgliedern 3 600 DM; für jedes weitere Familienmitglied werden 1 200 DM

zugeschlagen. Ihnen gleichgestellt waren andere Personengruppen, z. B. kinderreiche Familien und Schwerbeschädigte.

Unabhängig hiervon ist ebenfalls jede dritte Wohnung an Personengruppen der Kriegsfolgelasten (Lastenausgleichsberechtigte) oder an Arbeitsverhältnisse, wie beim Landarbeiterwohnungsbau oder beim Werkwohnungsbau, gebunden. Wenn man die an die Einkommenshöhe gebundenen Wohnungen außer Acht läßt, sind 1965 etwa zwei Drittel der geplanten und finanzierten Sozialwohnungen Wohnungsuchenden ohne besondere Rechte, zugute gekommen. Die Zweckbindung von Sozialwohnungen ist etwas stärker gewesen als im Vorjahr, wo nur jede vierte Wohnung einer bestimmten Personengruppe vorbehalten war. In den weiter zurückliegenden Jahren 1960 - 1962 waren aber noch wesentlich mehr Wohnungen mit besonderen Auflagen versehen. Über die Hälfte (58%) der neu erbauten Sozialwohnungen dieser Jahre waren mit der Bewilligung öffentlicher Mittel bereits an bestimmte Personenkreise vergeben.

Die ausgesprochenen Bewilligungen erfordern einen öffentlichen Finanzierungsbedarf: Landes- und Bundesmittel, z. T. auch Mittel

Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
voll- und teilgeförderter Bauvorhaben

1962 - 1965

Jahr	Geförderte Wohnungen	Ver- schlagte Bausumme in Mill. DM	davon sind in %		
			Öffentliche Mittel	Kapital- markt- mittel	Sonstige Mittel
1962	18 000	687,5	31	39	30
1963	13 123	581,5	33	39	28
1964	13 398	650,3	33	40	27
1965	9 335	486,3	31	43	25

des Lastenausgleichsfonds in Höhe von 141 Mill. DM. Im Jahre 1964 dagegen waren rund 50 Mill. DM oder 25% mehr öffentliche Mittel für den Bau von Sozialwohnungen zugesagt worden. Die gesamte Bausumme ist zum Zeitpunkt der Bewilligung auf 486 Mill. DM veranschlagt worden, gegenüber 650 Mill. DM im Vorjahr.

Die öffentliche Hand hat somit die Finanzierung etwa eines Drittels der gesamten Bausumme übernommen. 210 Mill. DM, das sind 43%, sollen über den Kapitalmarkt aufgebracht werden, der Rest, nämlich 124 Mill. DM (25%) geht zu Lasten der Bauherren als echtes oder unechtes Eigenkapital. Zu diesen sonstigen Mitteln zählen unter anderem auch die Arbeitgeberdarlehen und Zuschüsse und ein Teil der Wohnungsbauförderungsmittel aus dem Lastenausgleichsfond.

Die Zusammensetzung der Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus nach öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und Eigenfinanzierung hat sich, verglichen mit dem Vorjahr, nur wenig geändert. Fortgesetzt hat sich aber die Tendenz einer relativ stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, sowohl zugunsten des Eigenkapitals als auch der öffentlichen Mittel.

Jede zweite Sozialwohnung "gemeinnützig"

Die gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften haben ihren Anteil an den bewilligten sozialen Wohnungen auf knapp über die Hälfte (51%) erhöht und damit ihre Vorrangstellung im Wohnungsbau wieder weiter ausgebaut. Eine in diesem Ausmaß hervorgehobene Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen war letztmalig im Jahre 1957 (54%) festzustellen. Die privaten Haushalte sind als Bauherren von sozialen Wohnungen die nächst gewichtige Gruppe. Mit einem Anteil von 31% an den bewilligten sozialen Wohnungen hat sich die im allgemeinen rückläufige Entwicklung noch fortgesetzt. Der Bau etwa jeder zehnten Wohnung ist der Initiative freier Wohnungsunternehmen oder Wirtschaftsunternehmen zuzuschreiben.

Die Zielrichtung der staatlichen Förderungsmaßnahmen im Wohnungsbau hinsichtlich der Wohnform: Mehrfamilienhaus, Familienheim und Kleinsiedlerstelle, hat sich, verglichen mit dem Vorjahr, unverändert durchgesetzt. Nach wie vor sollen rund 60% der geförderten Wohnungen als Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern entstehen und etwa 30% in Familienheimen, sowohl mit einer als auch mit zwei Wohnungen. Jede zehnte Wohnung gehört zu einer geplanten Kleinsiedlerstelle.

Am häufigsten - etwa jede zweite Wohnung - werden immer noch Sozialwohnungen mit drei oder vier Räumen (einschl. Küche) gebaut, obgleich diese Wohnungsgröße, verglichen mit den Vorjahren, nicht mehr so stark vorherrscht. Hierfür ist eine deutliche Zunahme der Vorliebe für Großwohnungen (5 und mehr Räume) zu erkennen. Ihr Anteil an den Bewilligungen ist auf 39% (1964 : 32%) angestiegen. Die ausgesprochenen Kleinwohnungen (1 und 2 Räume) für Rentner und Alleinstehende haben mit gut 10% ihren Anteil an den Bewilligungen gehalten.

Die Kosten und Mieten

Die nachfolgende Darstellung der Kosten und Mieten bezieht sich sinngemäß nur auf vollgeförderte reine Wohnbauten. Bei der Behandlung der Mieten ist eine weitere Beschränkung nur auf Mehrfamilienhäuser erforderlich. Im Durchschnitt aller Gebäudearten kostete zum Zeitpunkt der Bewilligung öffentlicher Mittel der Bau einer Sozialwohnung im Jahre 1965 49 800 DM. Bei Mehrfamilienhäusern fällt dieser Betrag auf 39 000 DM ab, bei Einfamilienhäusern erhöht er sich auf 70 800 DM. Dazwischen, aber ebenfalls unter dem Gesamtdurchschnitt, liegen mit 44 900 DM die Kosten für eine Wohnung in Familienheimen mit zwei Wohnungen.

Die Baukosten je Wohnung sind im Jahre 1965 gegenüber 1964 im Schnitt um 6% gestiegen, gegenüber 1962 um 36%. Dieser erhebliche Kostenanstieg je Wohnung innerhalb von vier Jahren enthält neben den allgemeinen Preiserhöhungen echte Qualitätsverbesserungen, sowohl hinsichtlich der Ausstattung als auch der Wohnungsgröße. Die Kostensteigerungen sind insbesondere 1963 und 1964 wirksam geworden. Hiervon waren etwa in gleichem Ausmaß alle Gebäudearten betroffen; am stärksten jedoch die Zweifamilienhäuser (+ 39%), am wenigsten die Mehrfamilienhäuser (+ 34%).

Stellt man die Frage nach der Entwicklung der einzelnen Kostenarten, die die Gesamtherstellungskosten ausmachen, so kommt

Kosten der vollgeforderten reinen Wohnbauten 1962 bis 1965

Gebäudeart	Jahr	Gesamterstellungskosten je Wohnung		davon entfielen auf							
				Grundstückskosten ¹		Kosten der Gebäude (reine Baukosten)		Baunebenkosten		Kosten der Außenanlagen ²	
		DM	Meßzahl	%	Meßzahl	%	Meßzahl	%	Meßzahl	%	Meßzahl
Alle Gebäude zusammen ³	1962	36 600	100	9,3	100	77,0	100	9,0	100	4,6	100
	1963	42 300	116	10,4	129	75,4	113	9,2	118	4,9	124
	1964	47 000	128	11,1	153	74,2	124	9,5	136	5,3	147
	1965	49 800	136	11,8	174	73,5	130	9,2	139	5,2	153
Mehrfamilienhäuser	1962	29 200	100	8,2	100	77,3	100	10,6	100	4,1	100
	1963	33 200	114	9,3	129	75,9	112	10,5	113	4,5	125
	1964	38 400	132	10,2	163	73,9	126	11,1	139	5,2	167
	1965	39 000	134	10,5	171	73,0	126	11,0	139	5,3	175
Zweifamilienhäuser	1962	32 300	100	9,6	100	80,1	100	6,1	100	4,3	100
	1963	38 700	120	10,6	132	77,8	116	7,2	140	4,1	114
	1964	41 000	127	11,5	152	77,8	123	6,8	140	4,1	121
	1965	44 900	139	12,5	181	76,8	133	6,4	145	4,2	136
Einfamilienhäuser	1962	51 600	100	10,7	100	76,3	100	7,9	100	5,2	100
	1963	59 800	116	11,9	129	74,0	112	8,5	124	5,6	126
	1964	64 900	126	12,8	151	73,6	121	8,0	127	5,5	133
	1965	70 800	137	13,6	175	73,3	132	7,8	134	5,3	141

1) einschl. Erwerbs- und Erschließungskosten

2) einschl. besondere Betriebseinrichtungen

3) einschl. Kleinsiedlerstellen

deutlich zum Ausdruck, daß der größte Posten, nämlich die reinen Baukosten - ihr Anteil an den Gesamtkosten beträgt 73% - noch die geringste Steigerung (+ 30%) zu verzeichnen hat. Bei der Beurteilung der Entwicklung der reinen Baukosten ist hier außerdem zu berücksichtigen, daß die angeführten Qualitätsverbesserungen eine merkwürdige Rolle spielen. Im Gegensatz zu den Ein- und Zweifamilienhäusern sind im vergangenen Jahr die reinen Baukosten bei den Mehrfamilienhäusern praktisch nicht mehr weiter gestiegen.

Die Kosten für die baureifen Grundstücke, also einschließlich der Erwerbs- und Erschließungskosten, die rund 12% der gesamten Bausumme ausmachen, haben die größte Zunahme erfahren, nämlich von 3 400 DM je Wohnung im Jahre 1964 auf 5 900 DM im Jahre 1965. Diese Kostensteigerungen um 74% sind überwiegend auf Preissteigerungen als Folge der Verknappung der Grundstücke und der höheren Erschließungskosten durch das zwangsläufige Ausweichen auf noch nicht baureifes Gelände zurückzuführen. Aber auch die Vergrößerung der Grundstücke mit dem Ziel einer lichtereren Bauweise spielt bei dieser Kostensteigerung eine erhebliche Rolle. 1962 entfielen im Schnitt aller Bauvorhaben auf eine Wohnung 342 qm, 1965 dagegen 403 qm; das sind 18% mehr Grundstücksfläche je Wohnung. Auffallend stark ist diese Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern (von 115 qm auf 149 qm oder + 30%). Bei den Mehrfamilienhäusern sind also nur etwa gut die Hälfte

der höheren Grundstückskosten auf Preissteigerungen zurückzuführen. Die starke Aufwärtsentwicklung der Grundstückskosten ist allen Gebäudearten gemeinsam. Am deutlichsten kommt sie aber bei dem Bau von Zweifamilienhäusern zum Ausdruck.

Die restlichen Kostenfaktoren für den Bau einer Sozialwohnung sind die Baunebenkosten und die Kosten der Außenanlagen. Die Baunebenkosten umschließen im wesentlichen die Architektengebühren, die Gebühren für Verwaltungsleistungen und Versicherungs- und Finanzierungskosten; sie machen in den betrachteten Jahren gleichbleibend um 9% der Bausumme aus. Die Baunebenkosten sind außer bei den Einfamilienhäusern leicht überdurchschnittlich angestiegen.

Anders ist die Kostenentwicklung der Außenanlagen und der Kosten für besondere Betriebseinrichtungen, das sind u. a. die Aufwendungen für den Anschluß an die Kanalisation und an das öffentliche Versorgungsnetz, für Gartenanlagen und für den Einbau von Fahrstühlen, verlaufen. Diese Kosten je Wohnung (Anteil um 5%) sind im Schnitt gegenüber 1962 um 53% angestiegen, also erheblich stärker als die Gesamterstellungskosten. Bei den Mehrfamilienhäusern liegt diese Kostensteigerung sogar über der der Grundstückskosten.

Die durchschnittlichen monatlichen Kostenmieten je qm Bruttowohnfläche der 1965 mit öffentlichen Mitteln finanzierten Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern beliefen sich auf 2,67 DM. Im Jahre 1962 hatte

Die Entwicklung der Kosten und Mieten
in Mehrfamilienhäusern¹
(vollgeforderte reine Wohnbauten)

Jahr	Kosten je						Durchschnittliche Kostenmiete je qm Wohnfläche	
	Wohnung		je cbm umbauten Raumes		je qm Bruttowohnfläche			
	DM	Meßziffer	DM	Meßziffer	DM	Meßziffer	DM	Meßziffer
1962	29 200	100	106	100	515	100	1,84	100
1963	33 200	114	116	109	563	109	1,98	108
1964	38 400	132	131	124	630	122	2,37	129
1965	39 000	134	138	130	652	127	2,67	145

1) Nur Bauvorhaben mit Angabe von Baugrundstückswerten und Erwerbskosten

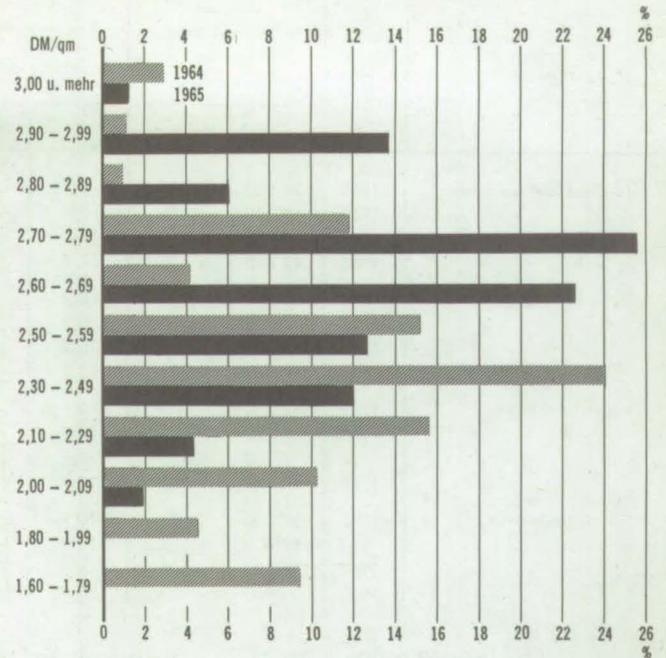
die Durchschnittsmiete je qm noch 1,84 DM betragen. Demnach sind im sozialen Wohnungsbau die Kostenmieten, verglichen mit 1962, im Schnitt um 45% gestiegen¹. Besonders stark war der Anstieg der Kostenmieten 1964 und abgeschwächt auch noch 1965. Die Mietpreissteigerungen von 1962 bis 1965 lagen auch wesentlich über den Kostensteigerungen desselben Zeitraums, gleichgültig, ob man diese an den Kosten je Wohnung, je cbm umbauten Raumes oder je qm Bruttowohnfläche mißt. Die Erhöhung der durchschnittlichen öffentlichen Förderungsbeträge je Wohnung von 11 400 DM im Jahre 1962 auf 16 200 DM im Jahre 1965 (+ 42%) konnte demnach die Kostensteigerung in diesem Zeitraum nur abschwächen, aber nicht ausgleichen.

Mehr noch als die Entwicklung der Durchschnittsmieten zeigt eine Darstellung der einzelnen Mietpreisgruppen das Ausmaß der Erhöhung der Kostenmieten. Bis 1963 sind in der Statistik einzelne Mietpreisgruppen nur bis 2,50 DM ausgewiesen worden; das war solange zu vertreten, als nur in wenigen vereinzelt Fällen diese Mietgrenze überschritten worden ist. Die noch im Jahre 1963 bewilligten Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus mit Kostenmieten über 2,50 DM

1) siehe auch: "Das Wohngeld im Jahre 1965" auf S. 150

D - 3664

Die Kostenmieten 1964 und 1965
Vollgeforderte reine Mehrfamilienhäuser



haben auch nur 4% aller Bewilligungen ausgemacht. 1964 dagegen hat der Anteil der Sozialwohnungen dieser Miethöhe bereits 36% betragen, 1965 sogar 82%. Sozialwohnungen mit Kostenmieten unter 2,00 DM sind in den Bewilligungen 1965 gar nicht mehr enthalten, während diese Wohnungen 1963 noch überwogen haben. 1964 fiel ihr Anteil bereits auf 14% zurück.

Am häufigsten - jede vierte Wohnung - sind zum Zeitpunkt der Bewilligung Kostenmieten der Preisgruppe zwischen 2,70 und 2,79 DM je qm aufgetreten und fast ebenso häufig solche zwischen 2,60 und 2,69 DM. Noch relativ stark (14%) sind in den Bewilligungen 1965 Kostenmieten von knapp 3,00 DM je qm enthalten. Im Jahre 1964 dagegen waren Wohnungen dieser Miethöhe nur ganz spärlich zu finden.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Förderung des sozialen Wohnungsbaues 1965" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 317 (Mai)

Der Fremdenverkehr im Fremdenverkehrsjahr 1964/65

Zur Beurteilung der Reisetätigkeit und des Beherbergungswesens sind die zuständigen Verbände, Behörden und interessierte Wirtschaftskreise auf statistisches Material angewiesen. Diesem Bedürfnis versucht die amtliche Statistik des Fremdenverkehrs

gerecht zu werden. Sie registriert in den Fremdenverkehrsgemeinden die Zahl der zugereisten Gäste, die in Beherbergungsbetrieben, Privatquartieren und Jugendherbergen übernachten. Sie erfaßt außerdem die Kinder, die vorübergehend zur Erholung

Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein im Fremdenverkehrsjahr 1964/65

	Winterhalbjahr		Sommerhalbjahr		Fremdenverkehrsjahr	
	1964/65 in 1 000	Veränderung gegenüber 1963/64 in %	1965 in 1 000	Veränderung gegenüber 1964 in %	1964/65 in 1 000	Veränderung gegenüber 1963/64 in %
Fremdenmeldungen¹	448	+ 1	1 464	+ 4	1 912	+ 3
darunter von Gästen aus dem Ausland	41	- 10	189	+ 10	229	+ 6
Außerdem Fremdenmeldungen in Jugendherbergen	30	- 0	171	- 4	201	- 4
in Kinderheimen	24	+ 6	53	- 7	77	- 3
auf Zeltplätzen	-	-	379	- 14	379	- 14
Fremdenübernachtungen	1 407	- 2	11 421	+ 6	12 828	+ 5
darunter von Gästen aus dem Ausland	77	- 5	376	+ 5	453	+ 3
Außerdem Fremdenübernachtungen in Jugendherbergen	79	+ 22	522	+ 4	601	+ 6
in Kinderheimen	868	+ 0	1 559	- 4	2 427	- 2
auf Zeltplätzen	-	-	2 842	- 7	2 842	- 7

1) in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren

in Kinderheimen aufgenommen werden und die Campingfreunde, die auf den Zeltplätzen ihre Zelte aufschlagen. Die Statistik zählt nicht nur die zugereisten Fremden, sie registriert auch, wie lange diese in ihrem Quartier bleiben. Die Quartiergeber müssen laufend notieren, wieviel Gäste sie aufgenommen (Zahl der Fremdenmeldungen) und wie oft die Gäste bei ihnen übernachtet haben (Zahl der Übernachtungen). Diese beiden Angaben werden monatlich für ganz Schleswig-Holstein und in der Untergliederung nach Gemeindegruppen (Großstädte, Nordseebäder, Heilbäder usw.) und Betriebsarten (Hotel, Pension, Erholungsheim usw.) sowie für die einzelnen Fremdenverkehrsgemeinden veröffentlicht¹. Die Statistischen Berichte geben auch Auskunft darüber, ob die Gäste aus Deutschland oder aus dem Ausland kommen. Nicht erfaßt wird, mit welchem Verkehrsmittel die Gäste gefahren sind, welcher sozialen Gruppe sie angehören oder weshalb sie Aufenthalt nehmen. Die amtliche Statistik des Fremdenverkehrs liefert also keine Anhaltspunkte über die Belastung der Verkehrsträger, über die soziologische Zusammensetzung der Reisenden oder über die Zielsetzungen des Verreisens; es bleibt offen, ob der Gast seinen Urlaub verleben, sich einer Kur unterziehen, eine Bildungsreise unternehmen will oder ob er beruflich unterwegs ist. Zweck der Reise kann auch ein Verwandtenbesuch sein, da die Wohnungen vielfach so eng sind, daß kein Platz für ein Gästezimmer bleibt.

Im Fremdenverkehrsjahr 1964/65, das vom 1. Oktober 1964 bis 30. September 1965

dauerte, wurden in den Beherbergungsbetrieben, Privatquartieren, Kinderheimen und Jugendherbergen sowie auf den Zeltplätzen der 139 schleswig-holsteinischen Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrstatistik 2,6 Millionen Fremdenmeldungen und 18,7 Millionen Fremdenübernachtungen registriert. Im Fremdenverkehrsjahr 1963/64 ist die Gesamtzahl der Fremdenmeldungen annähernd genau so groß gewesen. Die Gesamtzahl der registrierten Übernachtungen betrug dagegen 1963/64 nur 18,4 Millionen. Somit hat sich die Zahl der Übernachtungen im letzten Fremdenverkehrsjahr um annähernd 300 000 oder 2% erhöht.

Wenn man dagegen die Entwicklung des Fremdenverkehrs nur in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren - also ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze - betrachtet, so ergibt sich für Schleswig-Holstein im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 ein Anstieg der Fremdenmeldungen um 3,1% und ein Anstieg der Fremdenübernachtungen um 4,6%. Im gesamten Bundesgebiet erhöhte sich in der gleichen Zeit die Zahl der Fremdenmeldungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren um 3,0% und die Zahl der Fremdenübernachtungen um 3,3%. Die stärkste Zunahme der Fremdenübernachtungen hatten Berlin (West) und Bremen zu verzeichnen mit Zuwachsraten von 9,6% und 6,5%. Am geringsten erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen im Saarland und in Hamburg.

Ausländerbesuch

Von der Zahl der Fremdenmeldungen kann man annäherungsweise auf die Zahl der zugereisten Gäste schließen. Es werden zwar Gäste doppelt gezählt, wenn sie ihr

1) Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein G IV I - m und G IV I - hj. Bundeszahlen veröffentlicht das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie F "Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr", Reihe 8/1

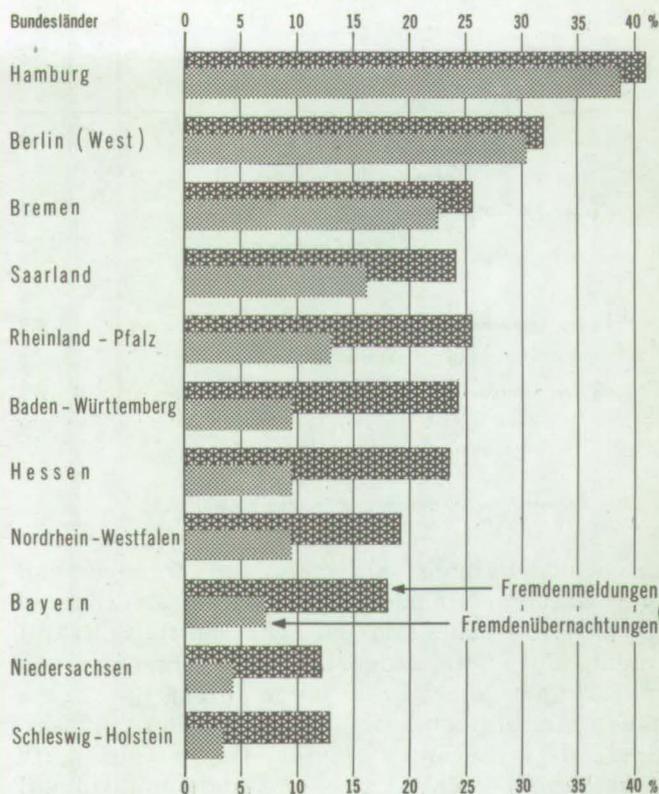
Quartier innerhalb der Berichtsgemeinde wechseln, aber andererseits kann es auch vorkommen, daß hier und da ein Gast versehentlich nicht registriert wird.

Im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 waren 229 000 oder 12% der in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte einkehrenden Gäste Ausländer. Vier Zehntel davon kamen aus unserem Nachbarland Dänemark, 23% aus Schweden, 6% aus den Niederlanden und je 5% aus Norwegen und den USA. Danach folgen als Herkunftsländer Großbritannien und Frankreich mit einem Anteil von je 4% sowie die Schweiz und Finnland mit je 2%. Auffallend ist, daß im Verhältnis bedeutend mehr Holländer nach Schleswig-Holstein reisen als Belgier und Luxemburger. Im letzten Fremdenverkehrsjahr nahmen reichlich 13 000 Holländer, dagegen zusammen nur knapp 3 000 Belgier und Luxemburger in unserem Land Quartier. Von je 1 Mill. Einwohnern aus Holland reisten etwa 1 100 im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 nach Schleswig-Holstein, von je 1 Mill. Belgier und Luxemburger indessen nur 300. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß immerhin 5 600 Gäste aus der Schweiz (930 auf je 1 Mill. Schweizer Einwohner) unser Land aufsuchten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Ausländerbesuch nach der Zahl der Fremdenmeldungen um 6% zu, während sich in der gleichen Zeit die Gesamtzahl der Fremdenmeldungen, die 1964/65 in den schleswig-holsteinischen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren registriert wurden, nur um 3% erhöhte. Der Ausländerbesuch hat also im letzten Fremdenverkehrsjahr überdurchschnittlich zugenommen, wenn man von den Fremdenmeldungen ausgeht. Legt man dagegen die Fremdenübernachtungen für den Vergleich zugrunde, so steht einer Zunahme von 5% aller Fremdenübernachtungen ein Anstieg der Ausländer-Übernachtungen von nur 3% gegenüber. Demnach sind zwar mehr Ausländer gekommen, sie hielten sich aber nicht so lange auf wie im Vorjahr. Im Mittel blieben sie etwa zwei Tage in unserem Land. Sie betrachten es also mehr als Durchreiseland und kurze Zwischenstation. Das dürfte gleichermaßen für die Skandinavier gelten, die nach dem Süden reisen wie für die Süd- und Westeuropäer, die nach Skandinavien fahren. Das Rheinland und Süddeutschland sind für die ausländischen Urlaubsgäste anziehender als unser Ferienland zwischen Nord- und Ostsee.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen war der Ausländerbesuch bei weitem am geringsten. Die Weltstadt Hamburg hatte

D-3656

Der Anteil der Ausländer am Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1965



im Verhältnis die meisten Fremdenmeldungen und Übernachtungen von Ausländern zu verbuchen. Vier Zehntel aller Gäste, die in Hamburger Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren einkehrten, kamen aus dem Ausland, der Anteil der Übernachtungen von Ausländern war etwa genau so groß. Den nächst größten Zustrom von Ausländern hat Berlin (West) aufzuweisen, wie auf dem obenstehenden Bild zu sehen ist. Danach folgen Bremen und das Saarland.

Bindung an die Sommersaison

Schleswig-Holstein ist aufgrund seiner Lage zwischen Nord- und Ostsee das bedeutendste Seebäderland in der Bundesrepublik. Im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 entfielen reichlich zwei Drittel der gesamten Seebäderfremdenübernachtungen auf Schleswig-Holstein und nur knapp ein Drittel auf Niedersachsen. Drei Viertel sämtlicher Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren, die 1964/65 in den 139 schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorten registriert wurden, vereinigten die Seebäder auf sich. Da sich der schleswig-holsteinische Fremdenverkehr so einseitig auf die Seebäder konzentriert, ist er naturgemäß stark vom Sommerwetter abhängig. Im Sommerhalbjahr 1965 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren unseres Landes 3,3-mal soviel Fremden-

meldungen und 8,1-mal soviel Fremdenübernachtungen gezählt wie im vorhergehenden Winterhalbjahr. Am auffallendsten ist das Übergewicht des Sommerfremdenverkehrs in den Ostseebädern. Auf eine Übernachtung im Winterhalbjahr kamen dort 34 im Sommerhalbjahr. In den Großstädten und Heilbädern ist der Unterschied zwischen Sommer- und Winterfremdenverkehr am geringsten, dort entfielen auf eine "Winterübernachtung" nur zwei bis drei "Sommerübernachtungen".

In keinem Bundesland ist die Abhängigkeit von der Sommersaison auch nur annähernd so ausgeprägt wie in Schleswig-Holstein. Auf je eine Fremdenübernachtung im Winterhalbjahr 1964/65 entfielen im Sommerhalbjahr 1965

In Schleswig-Holstein	8,1 Fremdenübernachtungen
In Niedersachsen	2,8 "
In Bayern	2,8 "
In Rheinland-Pfalz	2,5 "
Im gesamten Bundesgebiet	2,4 "
In Baden-Württemberg	2,4 "
In Hessen	1,9 "
In Nordrhein-Westfalen	1,6 "
In Hamburg	1,4 "
Im Saarland	1,4 "
In Berlin (West)	1,4 "
In Bremen	1,3 "

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden

	Winterhalbjahr		Sommerhalbjahr	
	1963/ 1964	1964/ 1965	1964	1965
	Anzahl der Übernachtungen je Meldung			
in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren	3,2	3,1	7,7	7,8
davon in Großstädten	2,0	1,9	1,8	1,8
In Heilbädern (ohne Seebäder)	11,3	13,1	10,8	10,6
In Luftkur- u. Erholungsorten	3,8	3,8	5,4	5,6
In Nordseebädern	11,2	9,5	13,8	14,3
In Ostseebädern	3,1	3,1	10,7	10,7
in sonst. Berichtsgemeinden	1,6	1,6	1,7	1,8
davon (Zeile 1) in				
Hotels	1,8	1,8	2,8	2,8
Gasthäuser	2,1	2,0	3,5	3,5
Fremdenheimen, Pensionen, Hospizen	8,4	8,0	12,9	13,6
Erholungs- u. Ferienheimen (ohne Kinderheime)	9,9	10,5	13,7	14,2
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	33,9	30,7	30,0	30,9
Privatquartieren	7,8	8,8	12,9	13,1
außerdem in Jugendherbergen	2,2	2,7	2,8	3,1
in Kinderheimen	38,3	36,2	28,5	29,5
auf Zeltplätzen			6,9	7,5

Es ist verständlich, daß das schleswig-holsteinische Fremdenverkehrsgewerbe bestrebt ist, diese starke Bindung an die Sommersaison zu überwinden. Dies wird insbesondere durch eine Belegung der Vor- und Nachsaison versucht. Die größeren Seebäder bauen u. a. große Schwimmhallen mit warmem Meerwasser und künstlichem Wellengang, damit die Urlaubsgäste auch außerhalb der Sommermonate im Meerwasser schwimmen können. Trotz dieser Bemühungen ist das Übergewicht des Sommerhalbjahres eher größer als kleiner geworden. Bis 1956/57 entfielen auf eine Winterhalbjahr-Übernachtung weniger als sieben Sommerhalbjahr-Übernachtungen, bis 1963/64 lag die entsprechende Vergleichszahl immer unter acht, 1964/65 hingegen erstmals über acht.

Gemeindegruppen und Betriebsarten

Der Fremdenverkehr wird nur dort statistisch erfaßt, wo er eine bestimmte Bedeutung hat. Die Berichtsgemeinden zur amtlichen Fremdenverkehrsstatistik müssen im Jahr mindestens 3 000 Übernachtungen aufweisen. Im gesamten Bundesgebiet war das in der Zeit vom 1. Oktober 1964 bis 30. September 1965 bei rund 2 350 Gemeinden der Fall. In Schleswig-Holstein waren es 139 Berichtsgemeinden, nämlich die beiden Großstädte Kiel und Lübeck, die drei Heilbäder Bad Bramstedt, Bad Schwartau und Malente-Gremsmühlen, 44 Luftkur- und Erholungs-orte, darunter die Städte Bad Segeberg, Barmstedt, Geesthacht, Mölln, Plön, Preetz, Ratzeburg, Reinbek, Reinfeld (Holstein) und Wedel (Holstein), 21 Nordseebäder, 30 Ostseebäder und 39 sonstige Berichtsgemeinden. Zu der letztgenannten Sammelgruppe gehören hauptsächlich kleinere und mittlere Städte, wie z. B. Ahrensburg, Bad Oldesloe, Elms-horn, Flensburg, Heide, Husum, Itzehoe, Lauenburg/Elbe, Neumünster, Oldenburg (Holstein), Pinneberg, Rendsburg und Schleswig. In diesen Berichtsgemeinden und in den beiden Großstädten Kiel und Lübeck haben wir es weniger mit Urlaubsreise-verkehr, sondern in erster Linie mit Berufs- und Geschäftsreiseverkehr zu tun. Das ergibt sich auch schon aus den kurzen Aufenthaltsdauern in diesen Orten (vgl. hierzu die nebenstehende Tabelle).

Die Anzahl der Fremdenübernachtungen und Gäste (Fremdenmeldungen) verteilte sich im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 folgendermaßen auf die sechs Gemeindegruppen:

38 %	der Übernachtungen und 26 %	der Gäste auf die Ostseebäder
38 %	" " " 18 %	" " " Nordseebäder
8 %	" " " 10 %	" " " Luftkurorte
7 %	" " " 28 %	" " " sonst. Berichtsgemeinden
5 %	" " " 3 %	" " " Heilbäder
4 %	" " " 15 %	" " " Großstädte

In der Rangfolge nach der Zahl der Übernachtungen liegen die Seebäder mit weitem Abstand an der Spitze. Das hängt damit zusammen, daß die Seebäder neben den Heilbädern die längsten Aufenthaltsdauern zu verzeichnen haben. Geht man dagegen von den Fremdenmeldungen aus, so führen die sonstigen Berichtsgemeinden, die wegen der kurzen Aufenthaltsdauer der Geschäftsreisenden nicht so hohe Übernachtungszahlen erreichen wie die Badeorte.

Im letzten Fremdenverkehrsjahr entwickelte sich der Fremdenverkehr in den Seebädern, Heilbädern, Großstädten und in den übrigen Berichtsgemeinden nicht einheitlich. Der Besuch der Heilbäder war rückläufig, die Zahl der Fremdenmeldungen sank um 4% und die Zahl der Übernachtungen stagnierte. Während die Gesamtzahl der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren im Schnitt um 5% stieg, hatten die Großstädte keine Zunahme zu verzeichnen. Recht gut erhöhte sich dagegen die Zahl der Meldungen und Übernachtungen in den Seebädern.

Aufschlußreicher ist, wenn man die Entwicklung für das Winter- und Sommerhalbjahr getrennt betrachtet. Bis auf die Seebäder, die beachtliche Zuwachsraten aufzuweisen hatten, mußten im Winterhalbjahr 1964/65 alle Gemeindegruppen Rückgänge bei den Übernachtungen hinnehmen, am meisten die Großstädte. In den Heilbädern wurden 15% weniger Fremdenmeldungen registriert als im Winterhalbjahr 1963/64, während in der gleichen Zeit die Nordseebäder eine Zunahme um 15% vermelden konnten. Im Sommerhalbjahr 1965 hingegen hat der Fremdenverkehr in allen Gemeindegruppen - wenn auch mit sehr unterschiedlichem Ausmaß - zugenommen. In den Luftkurorten und sonstigen Berichtsgemeinden wuchs die Zahl der Übernachtungen um 7% gegenüber dem Sommerhalbjahr 1964. In den Heilbädern betrug der Anstieg dagegen nicht einmal 0,5%.

Es interessiert nicht nur, in welchen Orten sich der Fremdenverkehr konzentriert, sondern auch, wie er sich auf die verschiedenen Arten von Beherbergungsstätten verteilt. Im Fremdenverkehrsjahr 1964/65 entfielen:

43 %	der Übernachtungen und 22 %	der Gäste auf Privatquartiere
21 %	" " " 56 %	" " " Hotels
19 %	" " " 10 %	" " " Fremdenheime, Pensionen, Hospize
8 %	" " " 4 %	" " " Erholungs- und Ferienheime (ohne Kinderheime)
6 %	" " " 1 %	" " " Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten
3 %	" " " 7 %	" " " Gasthäuser

Reichlich vier Zehntel der annähernd 13 Mill. Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren vereinigten die Privatquartiere auf sich. Wenn man das Sommerhalbjahr für sich betrachtet, dann fällt die herausragende Stellung der Privatquartiere unter den verschiedenen Beherbergungsstätten noch mehr auf. Im Sommerhalbjahr 1965 kamen 48% - also fast die Hälfte - der Fremdenübernachtungen auf Privatquartiere. Mit 5,5 Mill. war die Zahl der Übernachtungen in Privatquartieren im Sommerhalbjahr 1965 hundertmal so groß wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Demnach wird ein großer Teil der Beherbergungskapazität, die für das jeweils starke Anschwellen des Fremdenverkehrs im Sommer erforderlich ist, von den privaten Quartiergebern gestellt. Wie bereits oben erwähnt, war die Zahl der Fremdenübernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren im Sommerhalbjahr 1965 achtmal so groß wie im Winterhalbjahr davor.

In den Privatquartieren	war das Verhältnis 1 : 100
" " Fremdenheimen, Pensionen, Hospizen	" " " 1 : 17
" " Erholungs- u. Ferienheimen	" " " 1 : 5
" " Gasthäusern	" " " 1 : 4
" " Hotels	" " " 1 : 3
" " Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	" " " 1 : 1

Abgesehen von den privaten Quartiergebern, die vermutlich gar nicht das ganze Jahr über Feriengäste beherbergen wollen, haben die Fremdenheime, Pensionen, Hospize sowie die Erholungs- und Ferienheime die größte Differenz zwischen Sommer- und Winterbesuch. Die Kinderheime haben eine viel gleichmäßigere Kapazitätsauslastung, dort war das Verhältnis der Übernachtungen von Winter- zu Sommerhalbjahr wie 1 : 2 (vgl. die erste Tabelle).

Im letzten Fremdenverkehrsjahr haben die Meldungen und Übernachtungen in den Privatquartieren überdurchschnittlich zugenommen. In den Beherbergungsbetrieben war der Anstieg der Übernachtungen entweder unterdurchschnittlich oder es mußten Einbußen hingenommen werden, wie bei den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. In den Erholungs-

und Ferienheimen wurde 4% weniger Meldungen registriert, während die Zahl der Übernachtungen nur ganz geringfügig abnahm.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein in den Sommerhalbjahren 1963 und 1964" und "Der Fremdenverkehr in den schleswig-holsteinischen Seebädern" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 41 (Februar) bzw. 1963, S. 136 (Mai) sowie "Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1964" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 108 (Februar)

Kurzberichte

Die soziale Herkunft der Schüler in Gymnasien

Eine Sonderuntersuchung im Rahmen der Erhebung über die allgemeinbildenden Schulen 1965 ermöglicht es erstmalig, Aufschlüsse über die soziale Herkunft der Schüler in Gymnasien zu gewinnen. Die Schüler der 10. Klassen (Untersekunda) und der 13. Klassen (Oberprima) wurden nach der Vorbildung und der Berufstätigkeit ihrer Eltern gefragt. In diese Untersuchung konnten 5 977 Schüler einbezogen werden, und zwar 3 798 Untersekundaner und 2 179 Oberprimaner. Mit diesen beiden Gruppen wurden 17% aller Schüler der öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins erfaßt.

Die Schüler wurden gefragt, ob ihr Vater eine abgeschlossene Hochschulbildung hat. Diese Frage wurde von 5 831 Schülern beantwortet, und zwar von 1 558 mit einem Ja und von 4 273 mit einem Nein. Das bedeutet, daß von diesen Schülern 27% einen Vater mit abgeschlossener Hochschulbildung hatten und 73% einen Vater ohne diese Vorbildung. Aufschlußreicher ist es jedoch, wenn die Ergebnisse für die Untersekundaner und für die Oberprimaner gesondert betrachtet werden. In der Untersekunda hatten 24% der Schüler einen Vater mit abgeschlossenem Studium und in der Oberprima 32%. Geht man noch einen Schritt weiter und zieht man die Studenten der Universität in Kiel des Wintersemesters 1964/65 mit in die Betrachtung ein, so stellt man fest, daß 43% der Studenten einen Vater mit abgeschlossener Hochschulbildung hatten. Es ist naheliegend, aus dem Vergleich der letzten drei Anteile zu schließen, daß der Ausbildungsgrad der Kinder weitgehend von der Vorbildung der Väter beeinflußt wird. Dieses Ergebnis dürfte den allgemeinen Vorstellungen entsprechen. Es gilt, wie die folgende Aufstellung zeigt, in noch höherem Maße für Mädchen als für Jungen:

		Väter mit abgeschlossener Hochschulbildung	
Untersekundaner	männlich	23 %	
	weiblich	25 %	
Oberprimaner	männlich	31 %	
	weiblich	34 %	
Studenten	männlich	40 %	
	weiblich	50 %	

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß nach dem Volkszählungsergebnis 1961 von den männlichen Einwohnern Schleswig-Holsteins im Alter von 35 und mehr Jahren nur 4% ein Hochschulstudium absolviert haben.

Gliedert man die Schüler und Studenten nach der Stellung, die ihre Väter im Beruf einnahmen, so ergeben sich Relationen, die nicht zufällig zu sein scheinen. Die Anteile von Arbeiter- und Angestelltenkindern sowie von Kindern, deren Väter selbständig waren, an allen Lernenden nehmen mit steigendem Ausbildungsgrad ab. Die Anteile von Beamtenkindern und von Kindern, deren Väter einen freien Beruf hatten, nehmen zu.

Väter berufstätig	Untersekundaner	Oberprimaner	Studenten
als Beamte	32 %	36 %	43 %
als Angestellte	30 %	27 %	24 %
als Arbeiter	6 %	4 %	3 %
als Selbständige	22 %	21 %	15 %
im freien Beruf	10 %	12 %	16 %

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß zwischen Hochschulbildung und Stellung im Beruf vielfach eine enge Beziehung besteht. 605 Schüler, Untersekundaner und Oberprimaner zusammen, hatten z. B. einen Vater, der einen freien Beruf ausübte. Hierunter waren 319 Schüler, also über die Hälfte, deren Väter Ärzte (einschl. Zahnärzte und Tierärzte) waren und somit eine Hochschulausbildung hatten. Andererseits waren unter den 1 262 Schülern, deren Väter als Selbständige zu bezeichnen sind, 332 (26%) Landwirte, von denen nur wenige studiert hatten.

Im Rahmen dieser Erhebung war auch versucht worden zu erfahren, wieviel Mütter von den erfaßten Schülern berufstätig sind, und welche Vorbildung sie aufweisen. Die erste Frage ist so lückenhaft beantwortet worden, daß sich daraus überhaupt keine Schlüsse ziehen lassen. Auch bei der Beantwortung der zweiten Frage, bei der es - wie bei den Vätern - um die Hochschulausbildung ging, gab es große Ausfälle. Dennoch hatten 5% aller einbezogenen Schüler erklärt, eine Mutter mit abgeschlossener Hochschulausbildung zu haben. Das ist ein hoher Anteil, wenn man bedenkt, daß von

allen verheirateten Frauen im Alter von 35 und mehr Jahren, die 1961 in Schleswig-Holstein lebten, nur 0,7% studiert haben. Es dürfte auch nicht ganz ohne Bedeutung sein, daß der Anteil der Mütter mit Vollstudium bei den Untersekundanern knapp 5% und bei den Oberprimanern gut 6% betragen hat.

Zum Schluß sei noch auf die Religionszugehörigkeit der einbezogenen Schüler hingewiesen. Sie entspricht den Anteilen - 88% evangelisch und 6% katholisch -, die in der Volkszählung 1961 für die gesamte Bevölkerung Schleswig-Holsteins ermittelt worden sind.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Nachwuchs für das Lehramt an Gymnasien

Wer Studienrat an einem Gymnasium werden will, hat als Hauptstationen seiner Ausbildung die Reifeprüfung nach Abschluß des Gymnasiums, die wissenschaftliche Prüfung nach Abschluß des Universitätsstudiums und die pädagogische Prüfung nach Abschluß des Studienseminars zu bewältigen. Im Januar 1966 betrug das Durchschnittsalter der Referendare an den vier staatlichen Studienseminaren Schleswig-Holsteins 29 Jahre. Das bedeutet, daß in vielen Fällen zwischen Reifeprüfung und pädagogischer Prüfung eine Zeitspanne von einem Jahrzehnt liegt. Mit der Länge der Ausbildung mag es zusammenhängen, daß der Anteil der Frauen in den Seminaren verhältnismäßig klein ist. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre hat er 31% betragen. Als Vergleich dazu sei angeführt, daß im Wintersemester 1965/66 von den Studierenden der Kieler Universität, die Realschullehrer werden wollen und ein kürzeres Studium haben, 70% Frauen waren.

Von 1956 bis 1965 haben in Schleswig-Holstein 1 020 Studienreferendare die pädagogische Prüfung bestanden, und zwar im Jahrfünft 1956 bis 1960 458 Referendare und im letzten Jahrfünft 562 Referendare. Sie verteilten sich in diesen beiden Zeitabschnitten auf die einzelnen Fachgruppen wie folgt:

	1956 bis 1960	1961 bis 1965
Geisteswissenschaften	62 %	70 %
Naturwissenschaften	19 %	20 %
Geistes- und Naturwissenschaften zus.	2 %	1 %
Künstlerische Fächer	17 %	8 %

Während die Beliebtheit der Geisteswissenschaften zugenommen hat, ist der Rückgang bei den künstlerischen Fächern, dazu gehören Musik und Kunsterziehung, auffallend groß. Diese Tendenzen werden bestätigt, wenn man nicht von Fachgruppen, sondern von einzelnen Fächern ausgeht. Hierbei ist jedoch zu

beachten, daß jeder Referendar die pädagogische Prüfung in mindestens zwei Fächern ablegt, so daß die folgende Aufstellung nicht die Teilnehmerzahl, sondern die Zahl der erworbenen Lehrbefähigungen in den einzelnen Fächern wiedergibt. Die Angaben berücksichtigen zudem das Jahrzehnt 1957 bis 1966 und beziehen sich auf die voraussichtlichen Prüfungen, d. h. daß z. B. im Januar 1966, als die Leiter der Studienseminare die Erhebungsbogen ausgefüllt haben, bereits die Abschlüsse angegeben wurden, die im Jahresablauf 1966 erwartet werden. Die Differenz zwischen der Zahl der erwarteten Prüfungen und der Zahl der tatsächlich abgelegten Prüfungen dürfte nicht allzugroß sein.

Fach	Lehrbefähigungen			
	1957 bis 1961		1962 bis 1966	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Evangelische Theologie	31	3	41	3
Deutsch	150	15	200	14
Latein	83	9	137	10
Griechisch	23	2	35	3
Französisch	45	5	113	8
Englisch	115	12	183	13
Geschichte	106	11	153	11
Erdkunde	60	6	108	8
Mathematik	57	6	81	6
Physik	60	6	60	4
Chemie	40	4	47	3
Biologie	43	4	60	4
Leibesübungen	61	6	114	8
Musik	41	4	25	2
Kunsterziehung	41	4	18	1
Sonstiges	14	1	17	1
Insgesamt	970	100	1 392	100

Den größten Anklang fanden in beiden Zeiträumen die Fächer Deutsch, Englisch und Geschichte. Eine steigende Beliebtheit, gemessen an ihren Anteilen, weisen vor allem Französisch, Erdkunde und Leibesübungen auf. Auf die vorstehend genannten sechs Fächer zusammen entfielen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre rund 60% aller erworbenen Lehrbefähigungen. Eine rückläufige Tendenz zeigten die Fächer Physik, Kunsterziehung und Musik, die sowieso nie besonders stark besetzt waren. In 10 Jahren wurden insgesamt in Schleswig-Holstein nur 120 Lehrbefähigungen in Physik, 66 in Musik und 59 in Kunsterziehung erteilt, aber 350 in Deutsch und 298 in Englisch. Dabei kann nichts darüber ausgesagt werden, wieweit diese Lehrbefähigungen überhaupt für den Schuldienst genutzt werden. Vor einigen Jahren galt die Faustregel, daß von 100 Studienreferendaren 90 in den Schuldienst gehen und 10 - vermutlich besonders Frauen - ihre Lehrbefähigungen nicht nutzen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Der Nachwuchs für das Lehramt an höheren Schulen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 182 (Juni)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Familienstand, Bevölkerung nach dem –	2/33
Haushalt und Familie	4/80
Bevölkerungsbewegung	
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964	2/28
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schüler 1965	4/83
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Feuerwehreinsätze 1964	2/47
Wahlen	
Bundestagswahl 1965 (Teil 3)	1/4
Erwerbstätigkeit	
Berufe der Erwerbspersonen	6/123
Streiks 1960–1965	4/95
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Binnenfischerei 1961/62	4/88
Bodennutzung 1965	3/59
Getreide 1950–1965	5/100
Schlachttiere, Qualität der –	1/8
Vorausschätzung Landwirtschaft	3/51
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Nebenfunktionen im –	1/23
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Tiefbauaufträge, Öffentliche – 1964	2/39
Wohnungswünsche 1965	4/76
Handel und Gastgewerbe	
Umsätze im Gastgewerbe	5/104
Verkehr	
Güterverkehr Eisenbahn	4/93
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger 1964	5/107

Öffentliche Finanzen

Bilanzstruktur der Unternehmen 1963	3/66
Finanzausgleich	6/130
Umsätze 1964	1/10
Umsätze in freien Berufen	6/136

Preise

Bauwirtschaft, Preisentwicklung –	1/18
-----------------------------------	------

Löhne und Gehälter

Landwirtschaft, Arbeiterverdienste –	1/23
--------------------------------------	------

Versorgung und Verbrauch

Verbrauch, Haushaltsgröße, Einkommen	1/14
Verbrauch in privaten Haushalten	2/42

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 18. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1966

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 412	2 415	2 419	2 444	2 447
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 727	1 910	1 901	1 348	1 740
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,8	8,4	9,6	9,3	7,2	8,4
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	4 018	3 770	3 921	3 729	4 226
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,5	19,6	19,0	19,1	20,0	20,4
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 940	2 607	2 523	2 406	2 756
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,4	14,4	13,1	12,3	12,8	13,3
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	75	96	75	70	76	92
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,2	23,9	19,9	17,9	20,4	21,8
*Geburtenüberschuß	Anzahl	69,4	1 231	1 078	1 163	1 398	1 323	1 470
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,1	5,3	5,9	6,8	7,1	7,1
Wanderungen										
*Über die Landgrenze Zugezogene		6 523	7 694	7 781	9 604	8 696	5 897	7 411
*Über die Landgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	6 062	7 571	6 158	4 599	5 933
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 543	1 719	2 033	2 538	1 298	1 478
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	9 679	13 301	10 148	7 579	9 211
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	23 522	30 476	25 002	18 075	22 555
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	164	162	221	171	137	153
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	8	11	8	6	14	8	8	6
darunter *Männer	1 000	31	6	8	5	4	11	6	5	4
Offene Stellen	1 000	5	19	21	21	21	19	22	22	22
darunter für Männer	1 000	3	10	10	10	11	9	11	11	11
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	1 674	.	.	.	1 644	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	181	.	.	.	170	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	103 ^a	115	.	.	.	107	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	19	17	18	19	21	21	22
*Kälber	1 000 St.	5	3	5	5	4	4	6	5	5
*Schweine	1 000 St.	81	156	168	162	156	148	163	152	162
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	16	7	4	18	13	7	4
*Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	18,1	17,7	17,9	16,0	18,4	17,9	19,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	4,4	4,1	4,1	4,5	5,0	5,0	5,2
*Schweine	1 000 t	5,9	12,6	13,3	13,3	13,4	11,3	13,0	12,6	13,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	238	242	240	237	246	240	237	234
Kälber	kg	49	61	61	61	62	56	56	57	60
Schweine	kg	89	87	87	86	88	87	87	87	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	202	216	232	165	213	225	242
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	88	90	92	88	89	91	92
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	13,6	15,1	15,6	11,6	13,6	14,9	15,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1964/65 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	177	178	178	177	178	178	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	140	139	140	140	139	139	140	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	23 950	23 410	23 138	21 749	24 180	22 668	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	98,8	92,9	96,5	95,4	90,8	104,7	103,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	34,7	35,8	36,0	38,3	40,8	40,9	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	55	51	52	44	48	45	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	8 936	8 211	10 825	8 723	9 044	8 894	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	82	72	75	82	88	77	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	124	113	119	116	133	118	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	36	33	37	35	37	32	...
*Umsatz 11)	Mill. DM	479	746	751	709	703	649	793	774	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	69	80	66	73	86	121	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	137	128	144	145	134	142	148	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		100	154	112	184	186	72	161	165	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	91	103	97	89	87	89	88	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	155	163	160	151	152	149	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	222	240	252	243	202	226	223	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	109	112	123	122	83	98	106	...
papierherzeugenden Industrie		100	131	134	127	144	141	141	137	...
Schiffbaues		100	70	68	71	74	81	81	87	...
Maschinenbaues		100	138	135	152	163	143	145	153	...
elektrotechnischen Industrie		100	133	116	126	136	136	133	161	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	182	153	186	166	174	162	169	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	177	176	191	182	168	177	193	...
lederherzeugenden Industrie		100	54	63	51	41	58	48	49	...
Schuhindustrie		100	107	113	129	117	105	106	112	...
Textilindustrie		100	98	99	99	103	100	105	103	...
Bekleidungsindustrie		100	120	134	146	134	132	160	151	...
Fleischwarenindustrie		100	186	164	182	194	190	179	168	...
fischverarbeitenden Industrie		100	130	134	123	122	174	165	151	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		100	131	156	178	181	131	161	182	...
Bauhauptgewerbe		100	133	96	160	163	84	131	156	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	103	.	.	.	100
*Umsatz	Vj. - ϕ 1955=100	-	235	206	.	.	.	210
darunter *Handwerkumsatz	Vj. - ϕ 1955=100	-	223	188	.	.	.	190
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	154	149	158	150	154	152	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	280	261	257	299	321	292	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	23	20	18	26	26	24	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohle einheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	66 004	68 421	69 267	64 729	p 66 369	p 67 246	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	7 473	10 918	11 188	5 608	p 9 989	p 9 954	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	3 242	4 662	4 840	2 538	p 4 300	p 4 296	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	2 923	4 570	4 640	2 087	p 4 188	p 4 140	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	35,5	56,4	58,5	28,1	p 52,1	p 54,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	3,6	3,8	4,0	4,1	p 4,2	p 4,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	96,4	119,9	150,2	79,2	p 105,6	p 125,2	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	796	823	1 518	673	1 251	854	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	138	143	184	130	193	133	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	93,1	93,9	158,2	75,4	157,9	104,4	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	63,5	64,0	118,9	53,1	116,6	82,4	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 054	983	1 661	817	1 700	1 119	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	628	610	1 182	507	1 098	765	...
*Wohnungen		2 109	2 535	1 849	1 670	3 195	1 398	3 092	2 130	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	1 456	1 424	2 884	1 144	2 788	1 840	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	1 779	809	1 170	593	1 074	1 300	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	6 484	3 423	4 722	2 614	4 360	5 468	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	417	513	759	3 031	1 120	1 100	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	538	838	912	614	277	1 088	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	21 364	23 028	20 752	20 678	22 090	20 287	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	34 061	33 339	37 405	29 940	38 112	32 421	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	99,5	101,4	99,8	82,0	125,5	134,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	15,3	12,9	10,5	8,9	11,4	13,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	84,2	88,6	89,3	73,1	114,1	121,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	3,3	2,5	3,0	3,6	4,3	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	11,7	9,0	11,2	7,6	7,3	13,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	69,2	77,1	75,1	62,0	102,5	103,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	5,4	5,1	5,6	5,3	6,7	6,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	63,8	71,9	69,5	56,6	95,8	97,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	24,0	25,1	24,1	24,4	29,8	28,5	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	5,4	6,3	6,2	5,4	6,1	6,2	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	8,8	9,4	7,3	8,9	10,4	11,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	33,8	41,3	39,7	26,6	59,0	29,4	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	10,8	7,6	11,8	7,0	13,6	8,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,5	4,8	7,4	3,7	3,5	4,8	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	3,1	1,6	5,8	1,9	2,3	2,4	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	5,2	19,7	6,3	5,5	29,2	5,1	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	84	109	148	61	85	p 106	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	6	17	18	5	7	p 17	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	268	347	595	195	279	p 350	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	13	27	30	10	13	p 28	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	217	212	245	228	165	246	240	...
*Güterversand	1 000 t	195	354	298	380	r 398	170	415	367	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 806	7 548	7 646	6 586	5 382	9 810
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	13	21	35	17	5	20
*Personenkraftwagen		2 107	4 507	5 979	6 077	5 207	4 218	7 861
*Kombinationskraftwagen		175	475	580	651	552	445	718
*Lastkraftwagen		293	393	480	464	431	381	586
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 044	770	893	1 109	740	905	p 944	p 1 197
*Getötete Personen		40	56	32	46	56	25	53	p 41	p 51
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 021	1 220	1 492	973	1 147	p 1 280	p 1 686
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 273 ^d	7 512	7 590	7 668	8 347	8 513
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 076 ^d	1 975	2 006	2 035	1 991	2 105
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 047 ^d	1 954	1 981	1 990	1 973	2 098
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 197 ^d	5 536	5 584	5 633	6 356	6 408
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 296 ^d	4 754	4 794	4 837	5 445	5 486
*Einlagen von Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 053 ^d	4 591	4 571	4 660	5 178	5 148
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 875 ^d	1 726	1 684	1 750	1 897	1 841
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 573 ^d	1 419	1 404	1 456	1 584	1 537
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 178 ^d	2 865	2 887	2 910	3 281	3 307
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 123 ^d	1 933	1 947	1 960	2 189	2 206	2 222	2 228
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	624 ^d	553	557	564	647	653
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	162	154	132	127	156	160
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	125	118	110	104	113	134
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	15	7	7	10	10	14	5
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	2	-	2	1	2	1	-
Wechselproteste	Anzahl	636	778	766	772	826	667	809
	Wert	1 000 DM	465	935	779	795	1 194	847	994	...
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	76 440	110 386	43 291	49 352	56 124	122 068	55 632	56 594
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 921	1 025	287	7 316	8 526	726	592	8 282
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	8 835	9 896	9 735	8 275	8 511	11 400	10 028	9 316
*Biersteuer	1 000 DM	420	721	466	519	625	753	493	588	654
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	59 214	93 202	28 400	28 915	32 029	102 777	39 742	33 424
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	154 810	162 155	129 359	129 856	135 895	177 171	145 223	135 770
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	48 411	36 895	43 228	45 991	41 759	40 084	50 813	49 023
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 725	4 741	4 117	4 544	4 490	4 491	4 826	5 004
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 427	1 201	1 357	1 441	1 256	1 273	1 383	1 538
*Zölle	1 000 DM	7 838	7 074	6 957	6 772	6 768	7 604	6 945	7 060	7 141
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	55 308	52 751	55 724	52 624	60 303	58 667	55 729	51 695
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 219	31 242	36 416	32 891	33 735	33 736	38 444	31 170
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	37 858	59 588	18 157	18 487	20 477	65 710	25 409	21 369
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	7	22	4	2	7	1	3	0
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	5 436	2 847	3 666	9 835	8 573	1 662	2 727	9 185
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	97 072	152 790	46 557	47 401	52 506	168 487	65 151	54 793
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	43 631	16 376	25 788	29 072	35 922	28 830	39 541	37 178
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	41 819	103 748	19 149	14 658	11 886	110 983	21 593	15 297
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 011	1 215	1 323	1 107	106	798	2 341	870
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 612	31 450	298	2 564	4 592	29 872	1 676	1 450

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	97 578 ^e	.	.	.	105 460 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	7 473 ^e	.	.	.	7 292 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	16 825 ^e	.	.	.	18 147 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	308 ^e	.	.	.	4 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	65 600 ^e	.	.	.	72 045 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	7 987 ^e	.	.	.	7 973 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	6 290 ^e	.	.	.	6 995 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	99,8	100,4	100,2	102,3	103,2	p 104,0	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1958=100	100	106,7	106,6	106,6	106,7	107,9	108,2	p 108,7	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	105,6	105,7	105,9	108,9	108,3	108,5	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	104,0	103,5	103,8	104,0	105,7	105,9	106,2	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	107,2 ^g	109,4	109,9	110,8	p 114,6	p 114,2	p 114,8	...
P Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	1 544	.	.	155,1	p 156,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
	1962/63=100	90,8 ^f	104,4 ^g	106,3	106,4	107,1	108,3	109,2	109,1	...
Einzelhandelspreise										
	1958=100 ^h	100	115	114	115	115	118	119
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾										
	1962=100	92,7	109,0	107,5	107,8	108,5	111,7	112,1	112,7	...
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	106,9	107,3	108,6	111,5	111,9	112,5	...
Kleidung, Schuhe		.	107,1	106,2	106,5	106,7	109,4	109,9	110,1	...
Wohnungsmieten		.	118,5	116,6	117,6	117,7	126,3	126,8	128,6	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	106,3	104,4	104,2	108,0	108,0	105,8	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	106,2	105,2	105,4	105,9	107,8	108,0	108,2	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	207
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	218
*weiblich	DM	68	125	.	121
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	4,52
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	4,81
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	2,92
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	45,8
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	41,3
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	37,2
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	991
*weiblich	DM	382	666	.	651
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	1 128
*weiblich	DM	403	687	.	662
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	877
*weiblich	DM	331	557	.	538
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	989
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	911
*weiblich	DM	347	588	.	570
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	1 119
*weiblich	DM	391	687	.	662

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.1. - 31.3. f) Wirtschaftsjahr 1958/59
 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1964/65 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen ²⁾				
	Schüler am 2. 5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt ³⁾				Netto- Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
Mill. DM								jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner			
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	6 679
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1963	225	41	32	13 091	7,6	5 538	9 724	10 146
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 100	7,9	5 850	10 100	...
1965	225	41	34	27	44	22	7	15 500	9,5	6 390

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
ins- gesamt	darunter Milchkühe										
in 1 000				in 1 000							
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch				Index der industr. Produktion 8) 1958=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t			Beschäftigte 9) am 30. 6. in 1 000		
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	.	100	64 755
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670	593	124	67 565
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	129	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	132	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	137	70 015

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) 1963 und 1964 vorläufige Ergebnisse 3) 1965 erste vorläufige Ergebnisse 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieerichterstattung) 7) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 8) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt; einschl. Energie und Bau 9) bis einschl. 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschl. unbezahlte mithelfende Familienangehörige

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1966			Bevölkerungsveränderung im März 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1966 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	96 609	- 0,2	+ 0,1	49	- 227	- 178	32	2	38
KIEL	269 332	- 0,1	- 0,2	47	- 359	- 312	116	3	133
LÜBECK	240 742	+ 0,1	+ 0,8	144	97	241	124	1	157
NEUMÜNSTER	74 419	- 0,0	- 0,8	39	- 56	- 17	40	2	59
Eckernförde	70 348	+ 0,0	+ 2,2	49	- 26	23	29	-	42
Eiderstedt	19 503	- 0,3	+ 0,6	4	- 60	- 56	12	-	21
Eutin	93 235	- 0,0	+ 1,1	79	- 111	- 32	54	4	76
Flensburg-Land	70 144	+ 0,1	+ 2,0	58	41	99	42	2	65
Hzgt. Lauenburg	138 373	+ 0,2	+ 1,5	69	141	210	67	3	86
Husum	65 299	+ 0,1	+ 0,6	65	- 26	39	34	-	49
Norderdithmarschen	59 593	+ 0,1	+ 1,4	53	10	63	31	1	39
Oldenburg (Holstein)	84 465	+ 0,4	+ 1,8	65	298	363	39	1	56
Pinneberg	249 023	+ 0,5	+ 3,6	167	983	1 150	127	4	164
Plön	115 324	+ 0,1	+ 1,5	88	40	128	70	2	110
Rendsburg	163 739	+ 0,0	+ 1,1	87	- 35	52	62	4	97
Schleswig	99 191	+ 0,1	+ 0,3	50	91	141	43	4	76
Segeberg	106 144	+ 0,3	+ 3,0	54	250	304	70	2	106
Steinburg	125 913	+ 0,0	+ 0,7	64	- 36	28	61	4	85
Stormarn	164 520	+ 0,3	+ 3,8	134	411	545	91	8	146
Süderdithmarschen	73 556	+ 0,0	+ 0,1	35	- 3	32	24	2	42
Südtondern	67 101	+ 0,2	+ 3,0	70	55	125	29	2	39
Schleswig-Holstein	2 446 573	+ 0,1	+ 1,4	1 470	1 478	2 948	1 197	51	1 686

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1966		
	Betriebe am 30. 4. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im April 1966 in Mill. DM	Betriebe am 30. 4. 1966	Beschäf- tigte am 30. 4. 1966	Umsatz im April 1966 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾	
		Anzahl am 30. 4. 1966	je 1 000 Einw. am 31. 12. 1965						Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	68	6 989	72	28,3	78	3 356	4,9	17 435	14 965	155
KIEL	173	32 222	118	96,6	177	8 018	16,9	50 614	43 287	160
LÜBECK	160	34 580	145	128,9	141	6 373	12,4	42 292	34 863	145
NEUMÜNSTER	59	11 981	163	32,9	58	2 480	5,5	13 892	11 768	158
Eckernförde	35	1 797	24	6,0	50	1 571	2,4	15 278	10 795	154
Eiderstedt	10	470	24	2,3	47	437	0,5	4 534	3 257	167
Eutin	52	4 243	44	16,7	112	2 101	3,6	20 162	15 104	162
Flensburg-Land	26	681	9	3,3	77	1 625	2,7	17 982	12 437	178
Hzgt. Lauenburg	102	8 959	65	27,6	131	3 272	5,3	29 288	21 682	157
Husum	24	1 409	21	4,6	131	2 335	4,2	15 846	11 065	170
Norderdithmarschen	36	1 491	23	6,7	77	2 060	3,0	13 876	9 823	166
Oldenburg (Holstein)	29	1 345	16	8,1	57	2 623	4,3	18 056	12 705	151
Pinneberg	260	23 958	94	116,8	266	5 736	13,0	48 701	39 565	160
Plön	53	2 700	23	14,0	103	3 047	5,3	25 520	18 246	159
Rendsburg	103	9 362	58	32,2	183	5 415	9,0	35 620	25 878	158
Schleswig	39	3 559	36	27,8	104	2 698	3,8	23 421	16 787	170
Segeberg	87	5 302	51	29,6	158	2 496	5,9	27 326	19 304	183
Steinburg	96	10 559	84	48,8	150	4 251	8,5	25 994	18 881	150
Stormarn	125	11 411	69	100,9	177	3 359	7,1	34 417	27 378	169
Süderdithmarschen	34	4 399	63	34,7	105	1 494	2,2	16 833	11 897	162
Südtondern	13	1 063	17	6,8	158	2 499	4,6	16 137	11 511	172
Schleswig-Holstein	1 584	178 480	73	773,7	2 540	67 246	125,2	513 224	391 198	160

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1966

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung vom 30. 6. 1965

hochgerechnete vorläufige Zahlen

6) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht wird, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1965			Offene Stellen am 30. 4. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1966 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1966			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1965	Rindvieh am 3. 12. 1965	
		VZ 1939	31. 12. 1964							insgesamt	Milch kühle (einschl.) Zugkühle)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 439	+ 53	+ 1,4	22	15	225	90,5	14,9	1 701	1 379	505
Hamburg	1 854	+ 8	- 0,2	27	25	2	88,7	13,4	19	17	6
Niedersachsen	6 921	+ 52	+ 1,0	60	74	435	86,9	13,9	5 268	2 739	1 045
Bremen	743	+ 32	+ 1,4	9	8	2	77,5	12,4	12	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 736	+ 40	+ 1,1	165	397	324	87,1	13,5	3 238	1 886	797
Hessen	5 170	+ 49	+ 1,6	57	138	124	79,2	10,9	1 336	885	379
Rheinland-Pfalz	3 582	+ 21	+ 1,0	25	40	88	71,9	9,8	722	739	298
Baden-Württemberg	8 426	+ 54	+ 2,0	105	328	218	71,5	8,8	1 860	1 836	828
Bayern	10 101	+ 43	+ 1,2	98	174	517	72,4	8,8	3 484	4 108	1 957
Saarland	1 127	+ 24	+ 0,9	5	22	10	70,7	10,9	73	69	31
Berlin (West)	2 197	- 20	- 0,1	23	14	1	14,1	13,0	9	3	2
Bundesgebiet	59 297	+ 38	+ 1,2	596	1 233	1 945	80,5	11,1	17 723	13 680	5 854

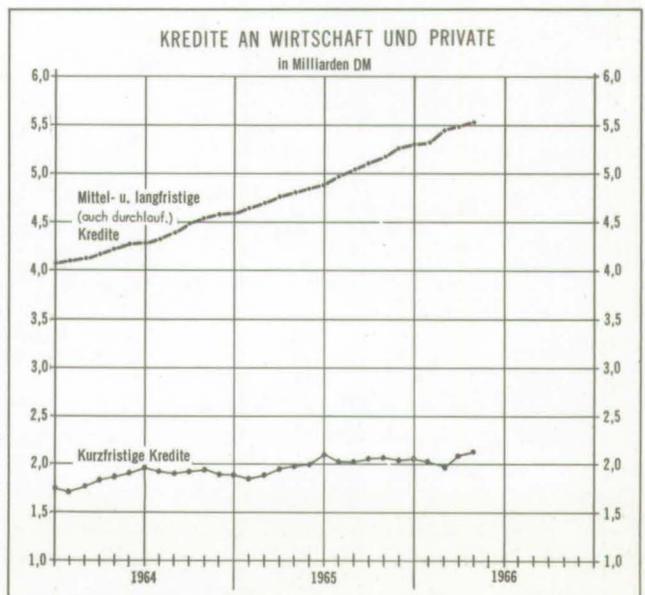
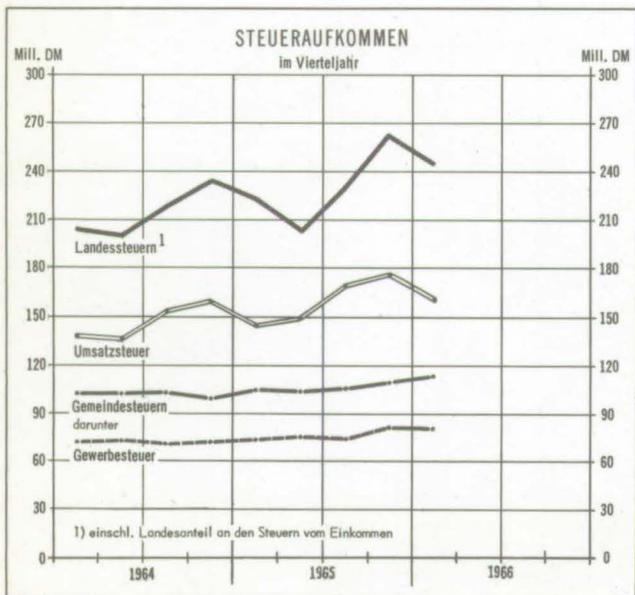
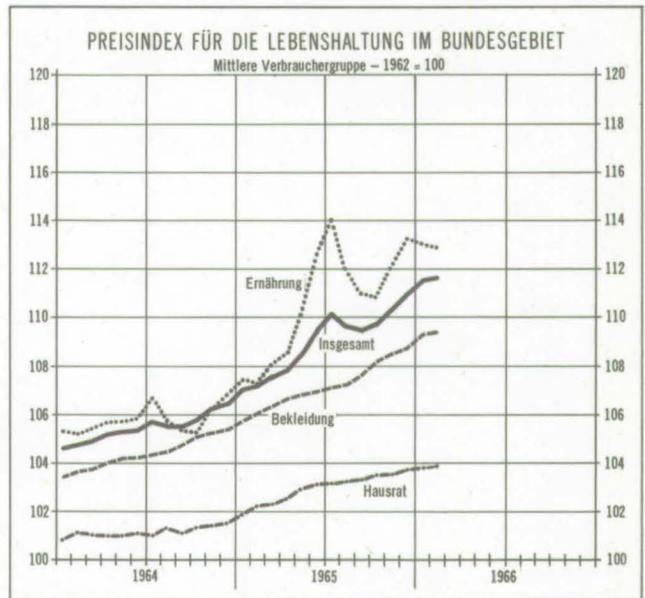
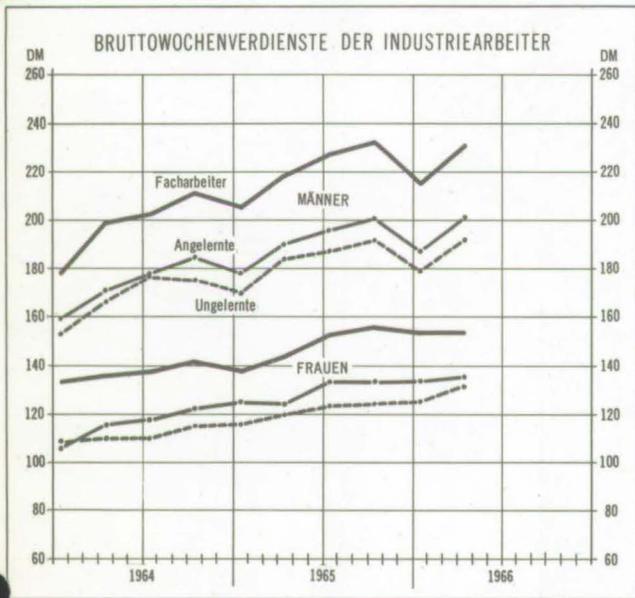
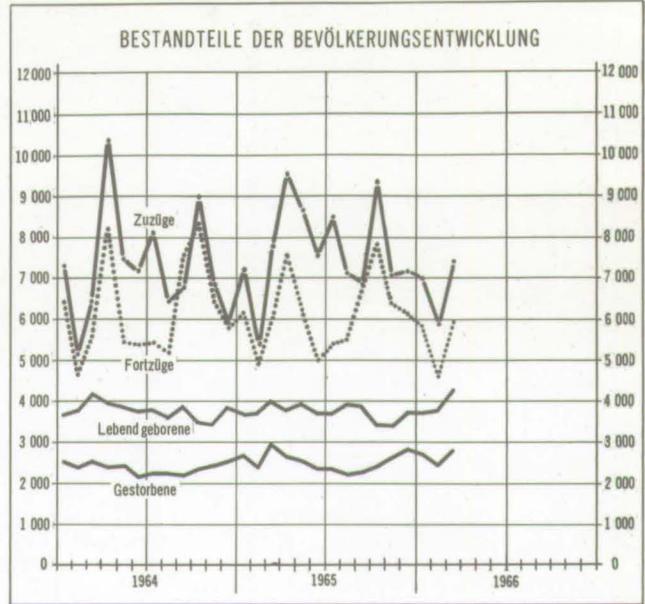
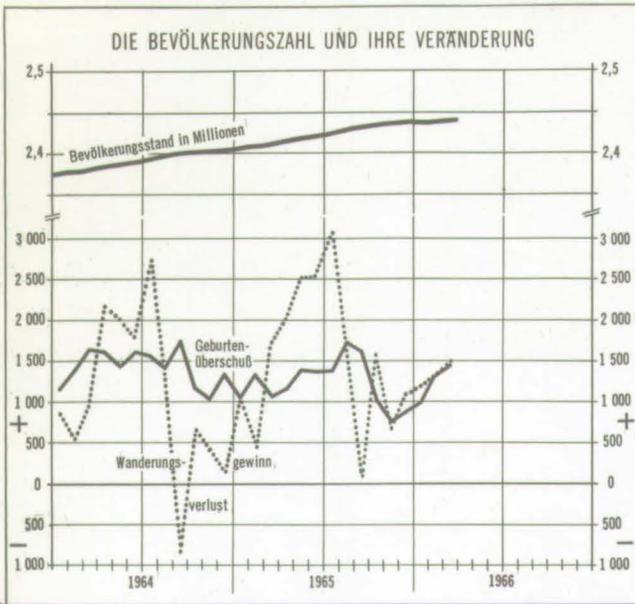
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im März 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im Februar 1966		Produktionsindex ²⁾ 1958=100 im Februar 1966	Beschäftigte am 28. 2. 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 28. 2. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1965	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	177	74	648,6	11,3	137	65	27	3 092	12,7	1 074	4,4
Hamburg	218	118	1 197,2	13,3	.	47	25	1 850	10,0	733	4,0
Niedersachsen	752	111	2 868,8	22,1	.	187	27	5 583	8,1	2 914	4,2
Bremen	100	136	426,0	10,8	.	23	31	824	11,1	201	2,7
Nordrhein-Westfalen	2 798	170	10 208,0	15,8	148	410	24	13 729	8,2	6 148	3,7
Hessen	710	139	2 312,8	19,2	167	144	28	6 256	12,1	1 572	3,0
Rheinland-Pfalz	379	106	1 354,3	18,1	192	93	26	2 955	8,2	1 597	4,5
Baden-Württemberg	1 507	180	4 947,0	16,7	159	231	27	7 985	9,5	3 877	4,6
Bayern	1 325	132	4 153,0	13,9	.	270	27	10 904	10,8	3 283	3,3
Saarland	169	153	421,0	30,2	.	27	24	511	4,5	443	3,9
Berlin (West)	284	131	929,1	11,9	.	43	20	1 283	5,8	899	4,1
Bundesgebiet	8 419	144	29 465,7	16,5	156	1 540	26	54 972	9,3	22 741	3,8

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1966				Bestand an Spar-einlagen ⁵⁾ am 31. 3. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1966					
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁶⁾	Bundes- ⁶⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	498	374	154	900	53	1 141	133	1 356	101	201	...			
Hamburg	372	322	174	781	27	1 012	133	2 457	282	1 014	...			
Niedersachsen	1 429	1 059	154	2 962	176	4 076	144	1 672	109	179	...			
Bremen	132	112	153	285	5	325	116	1 930	184	543	...			
Nordrhein-Westfalen	3 117	2 537	153	7 887	330	10 478	137	1 944	155	258	...			
Hessen	1 124	863	170	2 166	92	3 018	144	1 936	178	221	...			
Rheinland-Pfalz	747	539	152	1 478	74	2 050	144	1 615	110	173	...			
Baden-Württemberg	1 861	1 388	168	3 413	140	4 791	144	1 933	169	246	...			
Bayern	2 308	1 609	161	4 000	206	5 585	145	1 828	135	197	...			
Saarland	197	153	137	495	29	648	137	1 523	96	148	...			
Berlin (West)	337	292	133	897	26	1 113	127	1 302	96	353	...			
Bundesgebiet	12 122	9 248	158	25 264	1 158	34 237	140	1 830	146	255	...			

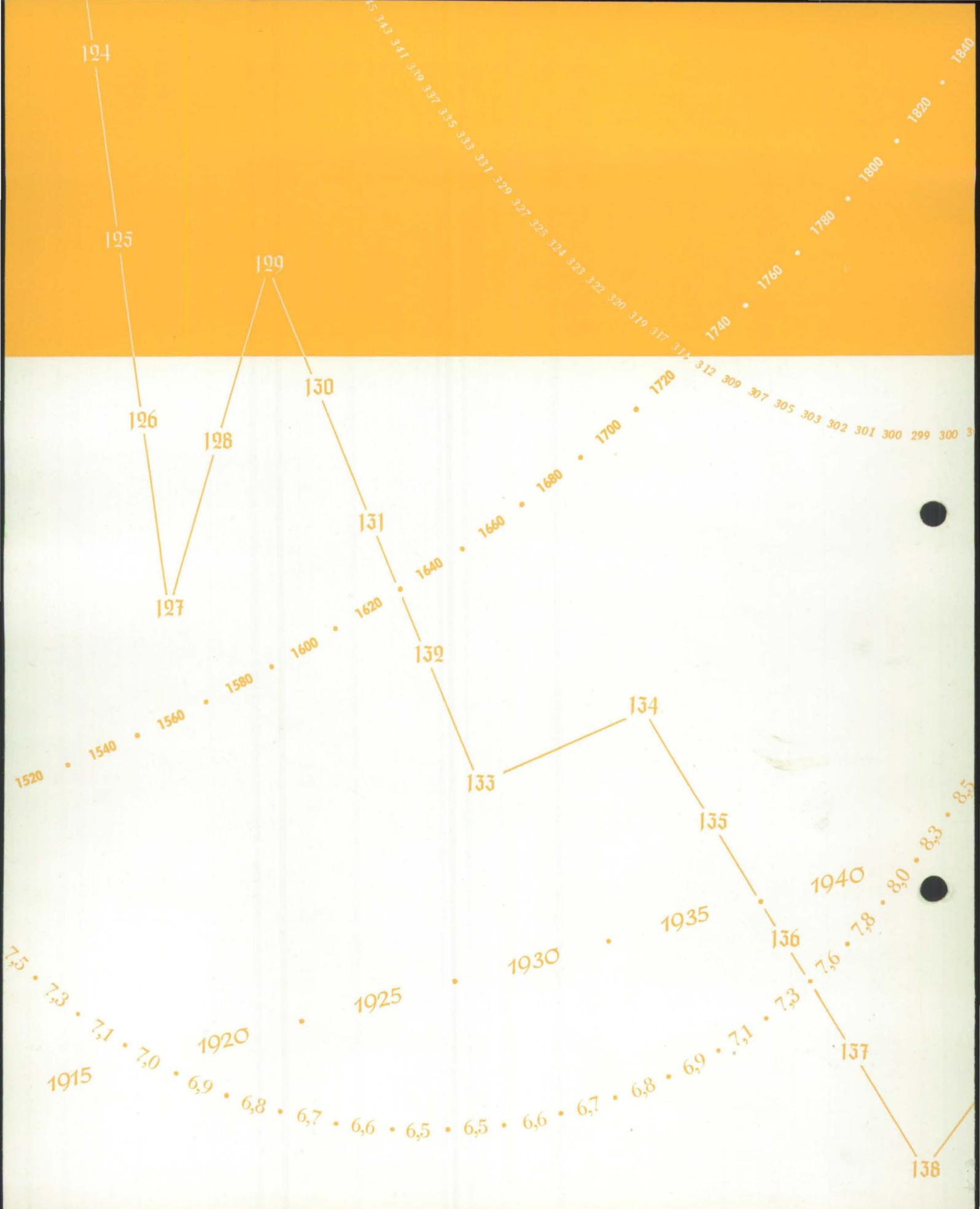
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.
 1) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 2) ohne Bau, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) ohne Postspareinlagen 6) Einkommensteuer jeweils anteilig enthalten

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



1) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen